

Nr. 2/2022

April – Juni 2022

CUBA LIBRE

ISSN 0178-2460

€ 3,50

Was wird uns dieses Jahr bringen?

Anlass für verhaltenen Optimismus.
Verbesserungen kommen nur durch
uns selbst.

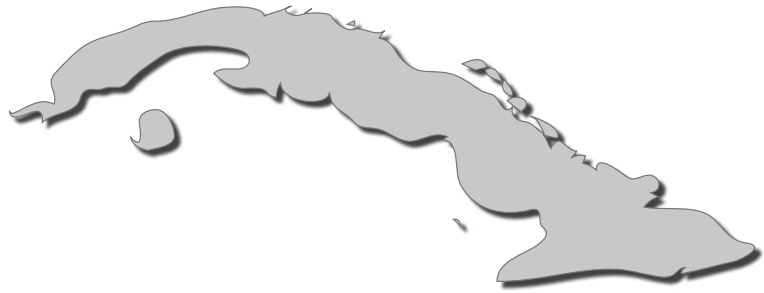
Jorgitos Log
Kuba im Medienspiegel
Aus der FG

Energiepolitik in Kuba
Herausforderungen und Perspektiven

Politischer Dialog
und Zusammenarbeit mit Kuba?

Ein Augenschein vor Ort
Die Errungenschaften des Sandinismus

editorial



Als würden die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade sowie die Coronapandemie als Herausforderungen nicht ausreichen: Nun auch noch der Krieg in der Ukraine. Der kann – wenn es keine diplomatische Lösung gibt – leicht zum Weltenbrand werden. Auch Kuba wird von den Folgen betroffen sein. So mancher Linke hier übersieht bei der Komplexität der Situation gerne, dass dies nicht der erste Krieg in Europa nach dem 2. Weltkrieg ist. So wurde 1999 Serbien in einem dreimonatigen Krieg durch Bomben der Nato zerschlagen. Eine Orientierung kann hier die

Erklärung der kubanischen Regierung bieten, in der sich klar gegen einen Krieg ausgesprochen wird. Gleichzeitig wird der Konflikt in den historischen Kontext gestellt und aufgezeigt, wie die USA und ihre Verbündeten seit Jahren Russland immer stärker einkreisen und seine Sicherheitsinteressen verletzen. Kuba als Leuchtturm war auch sichtbar auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz, wir berichten. Renate Fausten und Tobias Kriele schildern den kubanischen Alltag und die aktuellen politischen Herausforderungen, die Stimmung im Land und wie die Kubaner ihre Revolution verteidigen. Peter Knappe analysiert die wirtschaftliche Entwicklung. Besonders freuen wir uns über eine Bericht von Uli Fausten über wieder stattfindende Kulturveranstaltungen, hier über die Jazz Plaza. Auch das politische Leben in Kuba ist in Zeiten von Corona nicht stehen geblieben. Hervorzuheben ist die Verabschiedung eines neuen Familiengesetzes, das nicht nur im Vergleich mit anderen lateinamerikanischen Ländern sehr fortschrittlich ist und in einem beispielhaften partizipativen Prozess entstand. Edgar Göll untersucht den Stand der Energiepolitik in Kuba.

In Lateinamerika tut sich was. Wir berichten über jüngste Entwicklungen in Chile und Nicaragua. In Europa feiert der Rollback hingegen fröhlich Urständ, Brigitte Schiffler zeigt auf, wie das Europaparlament wieder in alte antikubanische Muster verfällt und wie umkämpft die Solidarität mit Kuba auch in der Linkspartei ist.

Fidel Castro hatte schon 2005 davor gewarnt, dass die Menschheit sich auslöschen könne. Hoffen wir, dass die Vernünftigen die Vernunft durchsetzen werden. Wer wissen will, wie das Gegenteil von Krieg und einer formierten Gesellschaft aussieht – nämlich Humanität, Gesellschaft und internationale Solidarität – schaue nach Kuba..

Marion Leonhardt

impresum

Herausgeber: Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Maybachstr. 159, 50670 Köln, Tel.: 0221 / 2 40 51 20, Fax: 0221 / 6 06 00 80 Mail: info@fgbrdkuba.de Web: www.fgbrdkuba.de

Konto/Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft, Köln IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00 BIC: BFSWDE33XXX

Konto: 123 69 00

BLZ: 370 205 00

Redaktion: R. Armbruster, T. Brenner, R. Fausten, U. Fausten, P. Knappe, M. Leonhardt, W. Mix

Bildredaktion: Tom Brenner

V.i.S.d.P.: Marion Leonhardt

Gestaltung/Satz:

CommPress Verlag GmbH, Tom Brenner

Titelbild:

Abel Rojas Barallobre / juventud rebelde

Printed in the EU

Postvertrieb: CommPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr. Jahresabo: Inland 12,50 €, Ausland 16,- €, Einzelheft 3,50 € + Porto. Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraums.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

ISSN 0178-2460

kuba

- 4 Was wird dieses Jahr uns bringen?
- 8 Gefahren und Prinzipien
- 10 Wer nicht hüpft, ist Yankee
- 12 Energiepolitik in Kuba
- 15 Phase der Erholung
- 17 Der Kampf um unser aller Überleben und um eine bessere Welt geht weiter
- 19 Aus der Krise einen großen Schritt in die Zukunft
- 20 Neues Familiengesetz in Kuba
- 22 Vor 50 Jahren: Fidel Castros Deutschlandbesuch
- 24 Jorgitos Log
- 26 Jazz Plaza – trotz Coronavirus irgendwie
- 29 Erklärung der kubanischen Regierung zur Lage in der Ukraine

solí

- 32 Politischer Dialog und Zusammenarbeit der EU mit Kuba?
- 37 Gesellschaft ohne Profitlogik
- 38 Ein Augenschein vor Ort
- 41 Ruhig, frei und ohne Ausverkauf der Heimat
- 42 Symbole eines Neuanfangs

vermishtes

- 44 Dr. Herbst über Spionagesoftware

kuba im medienspiegel

service

- 2 Impressum
- 30 Regionalgruppen, Ansprechpartner/innen
- 31 Lieferbare Materialien



Was wird uns dieses Jahr bringen?

Von Renate Fausten



Alles soll besser werden, das hofft natürlich jeder hier. Einige Zeichen geben auch Anlass für verhaltenen Optimismus. Nicht dass jemand hier davon ausginge, die Blockade würde wenigstens ein bisschen aufgeweicht. Nach einem Jahr der Biden-Regierung hat auch der Letzte diese Illusion aufgegeben.

Verbesserungen kommen nur durch uns selbst. Und da ist zunächst einmal die Impfung gegen Covid, die wirklich ein voller Erfolg zu sein scheint. Man kann sagen, dass nach der Impfung die Sterblichkeit gegen statistisch gegen Null tendiert. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Maßnahmen eingeschränkt worden wären. Immer noch muss überall die Gesichtsmaske getragen werden. Die für Februar geplante Buchmesse wurde erstmal auf April verschoben, was mit den hohen Inzidenzzahlen aus den Besucherländern begründet wurde. Allerdings fand am 27. Januar der Fackelzug zu

Ehren von José Martí statt – zwar mit Maske aber ansonsten wie in alten Zeiten. Das lässt für den 1. Mai hoffen.

Die Restaurants sind größtenteils wieder geöffnet und an vielen Orten gibt es wieder ein Freizeit- und Kulturangebot. Nach all den Monaten mit Restriktionen kann man endlich wieder etwas mit Familie und Freunden unternehmen. Reiseagenturen wie Havanaatur und Cubatur bieten den Bewohnern der Hauptstadt Touren in die landschaftlich schöne Provinz Pinar del Rio nach Soroa oder Viñales an. Die Preise dafür sind erschwinglich und ein Mittagessen ist darin enthalten. Auch der Sonne und Strand Tourismus von Varadero steht auf der Liste. Wer in der Stadt bleibt, kann sich wieder auf der Mauer des Malecón entspannen, in den Botanischen Garten gehen, Alt-Havanna besuchen und beispielsweise mit der Familie die Spezialitäten der Casa de Chocolate genießen. Ende

Januar sind dann auch die Einschränkungen bei der großen Eisdiele Havannas, Coppelia, weggefallen. Bis dahin musste man telefonisch reservieren, was oft nicht möglich war und zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung führte. Möglicherweise waren aber einfach nicht genug Rohstoffe für die Eisproduktion vorhanden, denn wie man von jenen, die einen Tisch ergatterten, hörte, gab es dort nur zwei Sorten Eis und das Problem mit der Milchversorgung ist landesweit bekannt. Inzwischen soll es aber wieder sechs Geschmacksrichtungen geben.

Hoffnung macht auch, dass das Angebot auf den Märkten größer wird und die Preise, auch wenn sie immer noch zu hoch sind, gefallen sind. Dieser Trend kann natürlich nur beibehalten werden, wenn weiter gleich viel oder mehr Produkte geliefert werden können. Sehr erfreulich ist es außerdem, dass man jetzt problemlos Brot bekommen kann. War dies vorher teilweise mit langen Schlangen verbunden und über die Libretaration hinaus nicht so einfach zu finden, so haben sich jetzt sogenannten Mipymes (kleine und mittlere Unternehmen – KMU) niedergelassen, die zur Entspannung der Versorgungslage beitragen. Auch Unternehmen, wie beispielsweise Coppelia, können jetzt für ihre Versorgung mit Rohstoffen auf solche Mipymes und Genossenschaften zurückgreifen.

Inzwischen gibt es 1619 Wirtschaftsakteure dieser Art, 1568 davon sind private, 28 staatliche und 23 genossenschaftliche. Die Mehrzahl von ihnen befindet sich in Havanna und in Granma. Insgesamt haben sie 23.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Jetzt muss es nur noch überall gelingen, sie so in die Gemeinden einzugliedern, dass sie zu deren Entwicklung bei-

tragen. Bei der Verzahnung von staatlichen Betrieben, Genossenschaften und Mipymes gibt es bereits einige erfolgreiche Versuche.

Die privaten Verkaufsstellen aber, die ihre Waren in der Regel über MLC-Läden besorgen müssen, stellen für einige der schlangestehenden Kubaner zwar gelegentlich eine Erleichterung dar, viele können jedoch die dort geforderten Preise nicht bezahlen.

Vor allem aber ist es wichtig, dass die Kinder wieder alle zur Schule gehen und ganztägig Unterricht haben. Da wird es nun auch kein Hin und Her mit halber Klassenstärke oder Aufteilung in Vor- und Nachmittagsunterricht mehr geben. Alle sind inzwischen geimpft, alles geht seinen normalen Gang, allerdings auch hier mit Maske.

Große Erwartungen hat man für dieses Jahr in den Tourismus gesetzt. Man strebt zweieinhalb Millionen Besucher an. Die Grenzen wurde ja in der zweiten Novemberhälfte des Jahres allmählich wieder geöffnet und Einkünfte aus diesem Bereich sind für die wirtschaftliche Erholung unerlässlich. 4000 neue Hotelzimmer stehen jetzt mehr zur Verfügung, was von einem gesegneten Optimismus zeugt, da viele bereits existierende Hotels noch nicht wieder in Betrieb sind. Viele Fluggesellschaften haben ihre regelmäßigen Flüge wieder aufgenommen und sogar Kreuzfahrtschiffe, sofern sie keiner US-Reederei gehören, legen wieder in den Häfen verschiedener Provinzen an.

Man versucht hier die Gratwanderung, einen Kompromiss zwischen einem entspannten Urlaub für die Besucher und der Einhaltung der Gesundheitsprotokolle zu finden. Inwieweit man damit erfolgreich ist, wird sich erst noch herausstellen. Die vom nationalen Fernsehen interviewten Touristen betonen zwar alle, wie sicher sie sich mit den Maßnahmen fühlten. Fakt ist aber, dass Mexiko

und die Dominikanische Republik mit ihren lockeren Einreiseregulungen mehr Touristen aufzuweisen haben. Wie sich das weiter entwickelt, wird man abwarten müssen. Schließlich ist Kuba weiterhin ein attraktives Reiseziel: ein Land, in dem man sich sicher bewegen kann und das nicht nur, was Covid angeht.

Es ist unbedingt erforderlich, dass die wichtigsten Märkte erhalten bleiben. Ein Großteil des wirtschaftlichen Aufschwungs und des BIP-Wachstums wird letztlich davon abhängen, was der Tourismus zu leisten vermag.

Ein weiteres Problem, das auch den Tourismus betrifft, ist die hohe Inflation. Sie macht besonders den schwächeren Sektoren zu schaffen. Auch wenn sie, wie der Minister für Wirtschaft und Planung sagte, nicht die Ausmaße habe, wie einige Kritiker sie verbreiteten, so liege die Inflationsrate doch über den ursprünglich einkalkulierten zehn Prozent.

Der offizielle Wechselkurs 1:24 entspricht nicht dem realen. Die nicht-staatlichen Restaurants kaufen ihre Ware meistens in Devisenläden und erhöhen die Prei-

se definitiv nicht nach dem offiziellen Wechselkurs. Hinzu kommt ein weiteres Problem. Niemand weiß, wie viele Transaktionen täglich über Kreditkarten mit Devisen abgehandelt werden, das halten die Banken geheim. Genauso wenig weiß man, wie viele Leute in Parks oder sonstwo Dollars in CUP und umgekehrt wechseln. Trotzdem gibt es bestimmte Websites die vorgeben, sie könnten den wahren Kurs von Dollar oder Euro festlegen. Das Problem dabei ist, dass Dinge, die oft genug wiederholt werden, sich erfüllen können und die Leute die dort gewürfelten Zahlen als real akzeptieren. Sie merken natürlich, dass der offizielle Wechselkurs nicht der Realität entspricht, aber der von diesen Seiten erfundene auch nicht. Er wird nur realer, weil viele ihn für bare Münze nehmen.

Fakt ist, dass die Wirtschaft um zwei Prozent gewachsen ist, dass die Grenzen geöffnet wurden, dass der Tourismus begonnen hat, dass die Pandemie auf ein erträgliches Maß zurückgegangen ist, dass die sogenannten „Mulas“ zurückgekehrt sind, die Leute, die im Auftrag von im Ausland lebenden Ver-



Der Tourismus ist nach wie vor eine wichtige Stütze der kubanischen Wirtschaft. Foto: prensa latina



Ein nachhaltiges und souveränes Landwirtschaftsmodell für Kuba soll die Ernährungssicherheit der Bevölkerung garantieren.
Foto: cubadebate

wandten Geld an deren Familienangehörige in Kuba überbringen. Dadurch sind automatisch mehr Devisen und Produkte auf der Straße. Nach dem Gesetz der Logik müsste demnach der Kurs fallen und nicht immer weiter steigen. Es ist also offensichtlich, dass diese Zahlen von denen, die sich bereichern wollen, manipuliert werden. Venezuela hatte das gleiche oder ein noch größeres Problem mit der Website „Dolar Today“. Dort sind allerdings 95 Prozent des Einzelhandels in privater Hand und wenn diese alle die von den USA aus manipulierte Website als Referenzpunkt nehmen, sind die Auswirkungen für die nationale Währung natürlich noch verheerender.

Die Wechselkursmanipulationen, die auch vor dem Fälschen des Amtsblatts der kubanischen Regierung nicht haltmachen, sind vor allem ein weiteres Mittel, um die Menschen zu irritieren und das Land zu destabilisieren.

Offiziell soll zwar der CUP die einzige Währung sein, die man in seinem Portemonnaie hat, aber wie wir bei unserer Rückfahrt mit dem Taxi vom Flughafen feststellten, war unser Taxifahrer bitter enttäuscht, dass wir ihn in CUP be-

zahlen wollten. Diese Leute gehen offensichtlich davon aus, dass die Touristen mit ihren Dollar- oder Euroscheinen anreisen und die hätten sie gerne. Touristen, die schon auf dem Flughafen in CUP umtauschen oder im Land lebende Ausländer, die mit ihren CUP in der Tasche zurückkehren, haben sie offensichtlich nicht auf der Rechnung. Aber allein das lässt erahnen, wie viel solcher Aktionen wahrscheinlich allein im Tourismusbereich getätigt werden.

Wenn wir auf der Banco Financiero Internacional uns einmal im Monat unser Geld vom Eurokonto in CUP auszahlen lassen, merkt man, und das sagt man uns auch, dass höhere Beträge dort normalerweise nicht umgetauscht würden. Die Folge davon ist, dass man sich dort selbst beim Umtausch von ein paar Hundert Euro auf die Suche nach Banknoten begeben muss. Wenn man dort dann nur 20-CUP-Scheine ausfindig macht, hat jeder Restaurantbesuch einen gewissen Unterhaltungswert, da alle damit beschäftigt sind Beträge von 2000 oder mehr Pesos in 20er Scheinen nachzuzählen.

Aus all dem ist zu erkennen, dass die „Aufgabe Neuordnung“ nicht so funktioniert, wie man sich das

erhofft hatte. Laut offiziellen Daten fiel das BIP im Jahr 2020 um 10,9 % und selbst der für 2022 geplante Anstieg des Bruttoinlandsprodukts wird nicht die Werte von 2018 und der ersten Hälfte von 2019 erreichen.

Um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und die im Gesundheitsbereich zu mildern, mussten enorme Mittel aus dem Haushalt für das Gesundheitssystem und die Sozialhilfe bereitgestellt werden. Das führte natürlich zu einem immer größer werdenden Haushaltsdefizit, das 2021 bis zu 18,5% des BIP angestiegen war. 2019 betrug es nur 6,2 Prozent. Wenn die Nationalbank dieses Ungleichgewicht im Haushalt nicht mehr ausgleichen kann, ist sie dazu gezwungen, mehr Geld herauszugeben. Das ist dann natürlich nicht mehr durch den produktiven- oder Dienstleistungsbereich gestützt und trägt so zur Inflation bei. Zu lösen ist das Problem letztendlich nur, wenn man neue Wege für die Investition von privatem nationalem und ausländischem Kapital findet. Der Gewinn, der sich aus diesen Investitionen ergibt, könnte dazu beitragen, den Etat und die wachsende Auslandsverschuldung auszugleichen.

Natürlich könnte man das Defizit auch durch Kürzung der So-

zialprogramme, die in Kuba einen großen Teil im Haushalt ausmachen, entscheidend verringern. Das sind die Empfehlungen des IWF, aber die lassen sich nun nicht mit dem kubanischen Sozialismus in Einklang bringen.

Die Hoffnung liegt auf höherer Produktivität bei den traditionellen Industriebereichen aber vor allem bei den wettbewerbsfähigen High Tech Unternehmen, von denen sich die pharmazeutische Industrie mit der Schaffung der ausgezeichneten Impfstoffe und anderer bahnbrechender Behandlungsmethoden hervorgetan hat.

Die wirtschaftliche Erholung steht und fällt jedoch mit dem staatlichen sozialistischen Unternehmen. Aber 500 von diesen, darunter überraschenderweise 164 aus dem landwirtschaftlichen Bereich, haben Defizite gemacht. Wegen der komplexen Rolle, die diese Unternehmen innerhalb der kubanischen Wirtschaft einnehmen, muss es unbedingt gelingen, sie aus den roten Zahlen herauszubekommen.

Für dieses Jahr 2022 geht man von einer allmählichen wirtschaftlichen Verbesserung aus. Aber in keinem Land der Welt gibt es so viele Unwägbarkeiten wie in Kuba. Nirgendwo sonst muss man so viel Energie verbrauchen, um auf plötzlich auftretende willkürlich herbeigeführte Schikanen zu reagieren. So mussten Ende letzten Jahres alle Zeitungen des Landes ihre Auflagen erheblich reduzieren. Der Grund: Das kanadische Unternehmen, das seit Jahrzehnten Kuba mit Papier beliefert, hatte von jetzt auf gleich die Lieferung eingestellt. Einen neuen Lieferanten zu finden, wäre für jedes andere Land der Welt sicherlich kein so großes Problem. Aber Kuba muss jemanden finden, der keine Angst vor der US-Blockade hat und natürlich in keiner Weise irgendwie mit den USA verbunden

ist. Naturgemäß wird es jemand sein müssen, der seine Produktionsstätten in großer Entfernung hat, was natürlich die Transportkosten erhöht. Nun, es wurde jemand gefunden. Man möchte lieber nicht sagen wo, und im April können dann hoffentlich die Zeitungen in normaler Auflagenzahl wieder erscheinen.

Hoffen wir, dass wir vor weiteren unangenehmen Überraschungen verschont bleiben, man uns in Ruhe lässt und wir uns nicht dauernd mit von außen aufoktroierten Gemeinheiten beschäftigen müssen, damit wir all unsere Energie für den Aufbau unserer gerechten Gesellschaft verwenden können.

Anzeige



landers.

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt
GEGRÜNDET 1947 · SA/SO, 5./6. DEZEMBER 2020, NR. 285 · 2,30 EURO (DE), 2,50 EURO (AT), 2,90 CHF (CH) · PVST A3002 · ENTGELT BEZAHLT

ABRÜSTEN
Wir zahlen nicht für eure Kriege!
Militärhaushalte in den USA und Deutschland werden drastisch erhöht. Bundesweiter Aktionstag gegen Aufrüstung am Sonntag...

Kauf am Kiosk!
Montag–Freitag 1,90 € • Samstag 2,30 €

Alle Verkaufsstellen unter: jungewelt.de/kiosk
[/jungewelt](https://www.instagram.com/jungewelt) [/junge.welt](https://www.facebook.com/junge.welt) [/jungewelt_insta](https://www.youtube.com/jungewelt_insta)

Gefahren und Prinzipien

Von Agustín Lage Dáila

In seinem historischen Abschiedsbrief an Fidel schrieb Ernesto Che Guevara im Jahr 1965: „... ich bin ebenso stolz darauf, dass ich dir ohne Zögern gefolgt bin, in Über-einkunft mit deiner Art, Gefahren und Prinzipien zu denken, zu sehen und einzuschätzen“.

Ich habe oft über die Tiefe dieses Satzes nachgedacht, der veranschaulicht, dass das Wesen des Denkens eines Revolutionärs in jedem Moment genau darin besteht, die Gefahren und die Prinzipien zu erkennen und einzuschätzen; die wechselnden Gefahren, die das menschliche revolutionäre Werk bedrohen, und die dauerhaften Prinzipien, die unabhängig von jeder Gefahr aufrechterhalten werden müssen.

Die heutigen Grundsätze sind die der kubanischen Revolutionäre seit jeher, untrennbar mit der Verteidigung der nationalen Souveränität und dem Einsatz für soziale Gerechtigkeit verbunden. Sie finden sich meisterhaft in dem von Fidel am 1. Mai 2000 verkündeten Konzept von Revolution zusammengefasst. Sie sind „Gesetz geworden“ in der Verfassung unse-

rer Republik, die wir 2019 mit großer Mehrheit angenommen haben.

Und was sind die heutigen Gefahren?

Die erste und wichtigste kommt von außen, und zwar die Feindseligkeit der größten imperialistischen Macht, die es je gegeben hat, die sich in der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba und in dem Informations- und Bilderkrieg ausdrückt, den sie mit ihren mächtigen Medien gegen uns führen.

Andere ergeben sich daraus. Es besteht die Gefahr, dass die Blockade dazu führt, dass die kubanische Wirtschaft von der Weltwirtschaft abgekoppelt wird, und das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem die Entwicklung eines Landes am stärksten von diesen Beziehungen abhängt. Der Anteil des im Außenhandel realisierten globalen Bruttoinlandsproduktes hat sich in den letzten vier Jahrzehnten verdreifacht. Die Wirtschaftswelt ist zunehmend vernetzt, nicht nur durch den Fluss von Waren,

Dienstleistungen und Investitionen, sondern auch durch den Fluss von Wissen und Technologie.

Eine anhaltende wirtschaftliche Einkreisung birgt die Gefahr, dass mehr als ein halbes Jahrhundert unzureichender Investitionen den Verfall unserer produktiven Infrastruktur an die Schwelle der Unumkehrbarkeit bringen wird. Ähnliches geschah bereits in anderen Ländern und in anderen historischen Momenten.

Die Globalisierung und der rasche technologische Wandel sind entscheidende Faktoren der heutigen Weltwirtschaft, die sich gegenseitig verstärken. Der beschleunigte technologische Wandel des 21. Jahrhunderts verlangt von den Unternehmen eine ständige Erkundung der Möglichkeiten zur Anpassung an ihr Umfeld. Dies wiederum erzwingt eine agile und dezentralisierte Unternehmensführung, auch für ihre internationalen Beziehungen, und führt zu einer Dynamik der Gründung und des Aussterbens von Unternehmen. Derlei ist kaum

Im Bewusstsein aller Kubaner: Der Sieg über die Invasoren in der Schweinebucht war die erste Niederlage des Yankee-Imperialismus in Lateinamerika.

Foto: Gorupdebesanez / wikimedia / CC BY-SA 3.0



vereinbar mit den Schemata der vertikalen Verwaltung der Wirtschaft und der sorgfältigen langfristigen materiellen Planung, die früher (mit den Technologien der Mitte des 20. Jahrhunderts) gut funktionierten, aber nicht mehr der heutigen wirtschaftlichen und technologischen Welt entsprechen.

Wir müssen eine dezentralisierte Verwaltung einführen, ohne jedoch das sozialistische Eigentum aller und die gerechte Verteilung des Wirtschaftsprodukts entsprechend der Arbeit aller zu entfremden (Und wir müssen auch eine junge Generation sozialistischer Unternehmer ausbilden, die dazu in der Lage sind). Die Gefahr besteht darin, dass wir es nicht schaffen, mit diesem Widerspruch angemessen umzugehen und sein schöpferisches Wesen zum Vorschein zu bringen.

Auf der Ebene der Ideen besteht die Gefahr, dass es den üblichen Gegnern unseres Gesellschaftsentwurfs gelingt, die neuen Generationen davon zu überzeugen, dass die materiellen Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, nicht das Ergebnis äußerer Aggression sind, sondern nur unserer Unfähigkeit, sie zu bewältigen. Und dass sie ohne einen „Mister“ (oder einen „Möchtegern-Mister“), der unsere Unternehmen leitet, nicht gelöst werden können. Und uns die Idee zu verkaufen, dass materielle Entwicklung die Akzeptanz eines viel größeren Ausmaßes an sozialer Ungleichheit voraussetzt. Um diese Ideen zu säen und die Widerstandsfähigkeit unserer Kultur zu untergraben, arbeiten sie mit Mitteln und einer Hingabe, die besserer Ziele würdig wären. Und oft helfen wir ihnen durch unsere eigenen Fehler.

Die Gefahr besteht darin, dass es ihnen gelingt, das Vertrauen und den Willen zur Teilnahme am kollektiven Projekt Kubas zu untergraben und viele dazu zu brin-



Revolution lügt nicht, niemals.

Foto: Gorupdebesanez / wikimedia / CC BY-SA 3.0

gen, sich ausschließlich in ihre individuellen Wohlstandsprojekte zu flüchten und so ihre Sicht der Welt und die moralische Tragweite ihrer Lebensprojekte zu verringern. Diese Gefahr ist die Ursache für die gefährlichen Abwanderungstendenzen vieler qualifizierter junger Menschen.

Zu all dem kommt noch eine weitere Gefahr hinzu, nämlich die, dass wir zwar wissen und umsetzen, was getan werden muss, es aber nicht schnell genug tun. Dies ist eine sehr reale Gefahr. Die menschliche Gesellschaft ist ein Komplex von gleichzeitigen Prozessen, die mit unterschiedlicher Geschwindigkeit ablaufen und sich gegenseitig bedingen. Die Langsamkeit, mit der einige von uns das umsetzen, von dem wir wissen, dass es getan werden muss, und das Zögern, die „Komfortzone“ des „Business as usual“ zu verlassen, erinnert an eine Predigt von Martin Luther King aus dem Jahr 1967, in der er sagte: „Der menschliche Fortschritt ist weder automatisch noch unvermeidlich. Die Zukunft ist bereits da, und wir müssen uns der Dringlichkeit des Jetzt stellen“.

Dies sind die Gefahren, und niemand soll denken, dass wir uns ihrer nicht bewusst sind, aber keine Gefahr wird uns unseren Optimismus und unser Vertrauen in die souveräne und sozialistische Zukunft Kubas nehmen. Die Verteidigung der Lebensfähigkeit dieser Zukunft erfordert, dass wir zunächst die Gefahren erkennen, sie laut und deutlich ansprechen, ihre Wurzeln analysieren und ihnen ins Gesicht sehen. Sie werden weniger gefährlich sein, wenn wir sie gut kennen.

Diese mutige Auseinandersetzung mit den Gefahren der Zeit, die ihrerseits fest auf den Grundsätzen der nationalen Souveränität und der sozialen Gerechtigkeit beruht, die uns seit jeher auszeichnen, ist das, was die Bevölkerung von den jungen Kubanern von heute erwartet.

Die neuen Generationen werden darin ihre „Sierra Maestra“ finden. Gewehr und Rucksack über die Schulter ... und los geht es in die Berge!

Dieser Beitrag erschien am 1. 2. 2022 auf cubadebate.cu.
Übersetzt von Tobias Kriele.

Wer nicht hüpf, ist Yankee

Von Tobias Kriele



Demonstration gegen konterrevolutionäre Aktivitäten
Foto: Estudios Revolución y Presidencia

Nach über zwei Jahren pandemiebedingter Abwesenheit betrat ich im Dezember 2021 wieder kubanischen Boden. Natürlich war ich gespannt, ob ich ein verändertes Kuba vorfinden würde. Und tatsächlich wirkte das Land und seine Leute anders als vorher: Ruhiger, kühler, nachdenklicher. Im Nachhinein kam mir der Gedanke, dass ein Reisender, der Deutschland noch aus dem Jahr 2019 kennt, bei der Ankunft in Frankfurt oder sonstwo eine ähnliche Befremdung hätte empfinden können.

Dabei ist das Erleben der Pandemie in Kuba ein anderes als in Deutschland. Alles scheint überschaubarer, erkennbarer: Wer aus dem Haus geht, hat eine Maske zu tragen, das ist die einfache und ohne viel Kopfzerbrechen umzusetzende Maßnahme. Die Menschen gehen zum Impftermin mit der gleichen Aufregung, als würden sie Brot kaufen. Tatsächlich muss man für Brot erheblich länger anstehen als für eine Impfung mit

Abdala, und das Auftreten von Nebenwirkungen und Unverträglichkeiten ist beim ersten eher wahrscheinlicher als beim letzten.

Natürlich ist auch in Kuba die Pandemie kein Pappenstiel. In Camagüey berichteten mir die Freunde von den heißen Sommermonaten mit Stromabschaltungen und ohne Strand- und Kulturangebote. Viele junge Leute in Camagüey hätten dem Endspiel um die Fußball-Europameisterschaft als dem kulturellen Highlight des Jahres entgegengefebert. In den Wochen zuvor hatten die Stromausfälle zugenommen, insbesondere in den Tagen vor dem Endspiel, welches am 11. Juli 2021 stattfand. Als in Camagüey die elektrische Versorgung dann tatsächlich mitten im Spiel ausfiel, sei die Stimmung gekippt.

Der 11. Juli. Seit den Morgenstunden hatten sich in der Innenstadt von Camagüey Grüppchen gebildet, die dann über eine intensive Werbung über Social Media anwuchsen. Eine besondere

Rolle spielten dabei die Facebook-Gruppen „Revolico“, in Kuba eine Art Pendant zu den Ebay-Kleinanzeigen, in denen Cuentapropistas, also kleine Selbstständige, ihre Dienste und Produkte anbieten. In diesen stark frequentierten Foren hatte sich der Ton schon eine Tage vor dem 11. Juli deutlich verschärft, eine ausgeprägt regierungsfeindliche Haltung herrschte vor. Dennoch waren alle davon überrascht, wie vehement und militant sich die Unzufriedenheit letztlich auf der Straße äußerte. In Camagüey zog eine Menge von fast 1000 Personen in Richtung der Provinzregierung. Etwa ein Viertel der Demonstranten bewaffneten sich mit Steinen und Knüppeln. Über die Sozialen Netzwerke wurde angekündigt, den örtlichen Parteisekretär zu entführen. Etwa 100 Revolutionäre hatten sich zum Schutz des Regierungsgebäudes versammelt, dazu eine Handvoll Streifenpolizisten, um die anstürmenden Randalierer aufzuhalten. Erst, als ein erster Streifenpolizist durch Steinwürfe schwer verletzt worden war, erschien eine Brigade der Bereitschaftspolizei und brachte die Lage innerhalb weniger Minuten mit den bloßen Händen (und gezielten Kampfkunstgriffen) unter Kontrolle. Noch fünf Monate später waren meine Gesprächspartner, die mir dergleichen berichteten, von der Gewaltbereitschaft der Angreifer sichtlich geschockt.

Von einem Anwalt, der mehrere der Angreifer verteidigt hatte, erfuhr ich, dass keiner der 19 Angeklagten seine Taten im Nachhinein gerechtfertigt hätte. Sogar die Täter selbst schienen von den Vorkommnissen im Nachhinein verstört.

Aus diesem Grund war ich Feuer und Flamme, als mich die Ankündigung für einen „Marsch zur Be-

kräftigung des Bekenntnisses zur Revolution“ zum Jahresende erreichte. Da wollte ich hin, natürlich. Und kaum hatte ich den Gedanken geäußert, war ich als ausländischer Ehrengast fest eingeplant. Treffpunkt 6:00 Uhr morgens irgendwo in der Nähe der Plaza Agramonte. Das war nur wenige hundert Meter von meiner Schlafstatt entfernt, aber eine individuelle Anreise wäre, so entschied man, nicht angemessen. So wurde mit mir eine Abholung im Lada für 5:45 Uhr im Morgengrauen vereinbart. Früh, aber nicht früh genug, wie sich zeigte, denn in den Bereichen um den Versammlungsort war für den Autoverkehr bereits kein Durchkommen mehr. Sehnsüchtig schaute ich den Scharen von Fußgängern hinterher, die uns überholten. Schließlich entließ mich der Lada mit reichlicher Verspätung direkt in die Arme des ICAP-Verantwortlichen. Eine kurze Begrüßung, geäußertes Bedauern, dass man keine schwarzrotgoldene Fahne für mich habe auftreiben können (um Himmels Willen). Ob ich bereit wäre, die Fah-

ne Guineas zu tragen, die gäbe es (nichts lieber als das). Unser internationaler Block stand fast an der Spitze der Demo, etwa zweihundert Meter von den Aufbauten auf der Plaza entfernt. Aus den Lautsprechern ertönte die kubanische Hymne, und wir marschierten die zweihundert Meter bis zu Tribüne, auf der wir Platz mit Blick auf die vorbeiziehenden Demonstrierenden einnahmen. Der Marsch war nach Betriebszentren aufgeteilt, beginnend mit den Beschäftigten aus dem Gesundheitsbereich, dann Tourismus, Stahlindustrie, Lebensmittelherstellung und so weiter. Auffallend, mit welcher Euphorie die Manifestanten auf die Ankündigung ihres Betriebes durch die Sprecherinnen und Sprecher reagierten. Viva Cuba, Viva Fidel, Viva Díaz Canel allerorten, manchmal auch ein „Aquí no se rinde nadie“- Hier ergibt sich niemand“. In Stimmung geriet die Menge, wenn aus den Lautsprechern die Ansage schallte: „El que no salta, ¡es yanqui!“ – Wer nicht hüpfte, ist Yankee! Wenn ich nicht gerade auf und nieder hüpfte, schwenkte ich zu alle-

dem unentwegt die Fahne Guineas. Nun, ich gebe zu, dass ich mich gelegentlich erkundigte, wie lange die Veranstaltung denn noch gehen möge. Denn sie ging lang. Über zwei Stunden zog der Menschenstrom an unserer Tribüne vorbei. Die Schätzungen schwankten zwischen siebzig- und einhunderttausend Personen. Für eine Stadt mit 300.000 Einwohnern kein schlechter Wert. Als ich die Fahne Guineas eingerollt und abgegeben hatte und sich die Camagüeyaner auf der Straße schon in Neujahrstimmung plauderten und tranken, fand ich Zeit für eine erste Bilanz: In Kuba mag sich viel verändert haben, und die Narben von Blockade, Pandemie und Konterrevolution sind unübersichtlich. Leicht bitter, aber verständlich. Die Kampfeslust der kubanischen Bevölkerung zu erleben, war jedoch auf der anderen Seite ein süßes Erlebnis wie eh und je. Wenn es ein Volk schafft, der längsten Blockade der Geschichte zu widerstehen, dann dieses. Und während ich derlei bei mir dachte, ertappte ich mich dabei, vergnügt zu hüpfen.

Anzeige



Jörg Kronauer

Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg

Russland, China und der Westen

Paperback | 207 Seiten | € 14,90
ISBN 978-3-89438-778-5

›Als der Tag anbrach, breitete sich eine Schockwelle über die Welt aus: In Europa tobte nach dem NATO-Angriff auf Jugoslawien wieder ein offener Krieg‹. Diesen Worten lässt Kronauer die Vorgeschichte des russischen Angriffs auf die Ukraine folgen. Derweil gewinnt mit dem Machtkampf gegen China ein zweiter Großkonflikt an Kontur, für den der Westen rüstet.



Conrad Schuhler

Das neue Amerika des Joseph R. Biden

Paperback | 163 Seiten | € 13,90
ISBN 978-3-89438-762-4

Biden verfolgt die Linie ›America First‹ genauso wie sein Vorgänger, nur mit anderen Methoden. Eine zerrissene Gesellschaft im Innern, der drohende Verlust der Nr. 1 auf dem globalen Feld – wie kann Washington daran gehindert werden, seine verbleibende Machtressource, das Militär, einzusetzen und ein Inferno auszulösen?

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Energiepolitik in Kuba

Anmerkungen, Herausforderungen und Perspektiven

Von Dr. Edgar Göll



Photovoltaik ist ein Schritt in die richtige Richtung.
Foto: Trabajadores

Im Jahr 2017 kam eine von kubanischen und US-Experten verfasste wissenschaftliche Studie zu der folgenden, abschließenden Einschätzung: „Obwohl in allen Bereichen der kubanischen Wirtschaft und insbesondere im Verkehrswesen noch viel Raum für Energiewende und Effizienz besteht, ist Kuba auf dem richtigen Weg.“^[1] Fünf Jahre später trifft dies wohl weiterhin zu, allerdings mit der Einschränkung, dass durch die wiederholte Verschärfung der US-Blockade unter anderem die relativ günstige Ölversorgung aus Venezuela stark redu-

ziert wurde, weil bspw. Öltanker auf dem Weg nach Kuba zur Umkehr gezwungen wurden und venezolanische Handelsstrukturen und Finanzverfahren von US-Behörden willkürlich unterbrochen wurden.

Gleichwohl sind die mit der „Revolución energética“ wesentliche Verbesserung der umweltschonenden Energieversorgung erreicht und eine gute Basis gelegt worden. So wurde und wird die „Energiewende auf kubanische Art“, die in 2005 von Fidel Castro proklamiert wurde schrittweise umgesetzt. Damals sagte er: „Wir warten nicht, bis Treibstoffe vom Himmel fallen, denn wir haben zum Glück etwas sehr viel Wichtigeres entdeckt: Energieeinsparung – was so viel wert ist, wie große neue Ölvorkommen zu entdecken.“

Zu dem Maßnahmenbündel, das damals umgesetzt bzw. weiterhin

verfolgt wird, gehörte erstens der flächendeckende Austausch von „Energiefressern“ in Haushalten. So wurden innerhalb kurzer Zeit über neun Millionen Glühlampen durch Energiesparlampen ersetzt, durchgeführt von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Dasselbe geschah mit anderen Haushaltsgeräten wie Ventilatoren, Elektrokoher, Dampfdrucktöpfe und Kühlschränke. Für letztere gab es günstige Kredite. Weitere Bausteine auf dem Wege der Energiewende waren: Verstärkung des Stromnetzes um die Netzverluste zu reduzieren, Neubau von Kraftwerken in verschiedenen Regionen und Dezentralisierung der Stromerzeugung, Ausbau von regenerativen Energiequellen sowie Anhebung der Stromtarife für Haushalte mit hohem Verbrauch. Eine Studie dazu aus Freiburg/Brsg. zeigte, dass Energieeffizienz als kostengünstigste gesellschaftliche Lösung gelten kann. Ein Vergleich der Investitionskosten mit den eingesparten Stromkosten für die drei Technologien Beleuchtung, Belüftung und Kühlung ergab für jene Maßnahmen, ein Kosten-Nutzen-Verhältnis von etwa 1:10. Mit anderen Worten: Der volkswirtschaftliche Nutzen war etwa zehnmal so hoch wie die Kosten. Die von Fidel Castro formulierte These bestätigte sich: Strom sparen ist effizienter, kostengünstiger und umweltschonender, als ihn zu produzieren.

In Kuba werden an Universitäten und Hochschulen sowie an der Technischen Universität für Erneuerbare Energien (Universidad Técnica de Energías Renovables – UTER, Havana) seit Jahren gezielt Expertinnen und Experten im Bereich Umweltschutz und Erneuerbare Energien ausge-

[1] Mario Alberto Arrastía-Avila und Lisa M. Glidden (2017): Cuba's Energy Revolution and 2030 Policy Goals: More Penetration of Renewable Energy in Electricity Generation. In: International Journal of Cuban Studies, Vol. 9, No. 1, pp. 73–90 [<https://www.jstor.org/stable/10.13169/intejcubastud.9.1.0073>]

bildet. UTER kooperiert unmittelbar mit Cubasolar und wird unterstützt durch internationale Organisationen, Expertinnen und Experten. Grundlage für Politik und Forschung ist Artikel 75 der neuen kubanischen Verfassung: „Der Staat schützt die Umwelt und die natürlichen Ressourcen des Landes, erkennt seinen engen Zusammenhang mit der nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft an, um das menschliche Leben rationeller zu gestalten und das Überleben, das Wohlergehen und die Sicherheit der gegenwärtigen und künftigen Generationen zu gewährleisten.“

Der geplante Ausbau der erneuerbaren Energien tritt allerdings auf der Stelle: Bis 2030 soll ihr Anteil am Strommix bei 24 Prozent liegen, während die geplante Gesamtproduktion auf 30.000 Gigawattstunden zunehmen soll. Aktuell ist ihr Beitrag nur rund zwei Prozent. Den größten Teil davon liefern die 72 kleineren Solarparks, welche in den letzten Jahren mit chinesischer Hilfe errichtet wurden. Seit 2014 wurden viele Projekte für Solar-, Wind- und Biomasseanlagen ausgeschrieben, doch nur wenige konnten realisiert werden, vor allem wegen der US-Blockade und schwierigen Rahmenbedingungen für ausländische Investoren. Doch die Einfuhr solcher Anlagen wurde inzwischen von Gebühren befreit und der Verkauf von Solarpaneelen an Privatpersonen hat begonnen, und ein erweitertes Kreditprogramm wurde aufgelegt.

Kubas einzige Fabrik für Solarmodule will ihre Produktion stabilisieren und ausbauen. Die Rohstoffkosten sind in den letzten Jahren gesunken und die Leistung der Paneele hat sich erhöht, so dass der Produktionsprozess effizienter geworden ist. Zu Beginn des Jahres 2021 versicherten die Verantwortlichen des Unternehmens in Pinar del Río der Zeitung Granma,

dass 65% der montierten Paneele für den Export bestimmt seien und die Nachfrage weiterhin steige. Allerdings kommt es wegen mangelnder Rohstoffe immer wieder zu Produktionsstillstand. Daher konnte nur im ersten Quartal des Jahres 2020 mit einem Restbestand an Zubehör gearbeitet werden, der von 2019 übriggeblieben war. Nach einer langen Pause von 15 Monaten wurde die Produktion im Juni 2021 wieder aufgenommen, allerdings nur mit einer von mindestens zwei möglichen Schichten.

Nun sind im aktuellen Ausschreibungskatalog für Auslandsinvestitionen („Cartera de Oportunidades“), der 678 Projektvorschläge mit einem Gesamtvolumen von 12,5 Milliarden US-Dollar umfasst, für den Energiesektor 133 Projekte ausgeschrieben. Und Liván Arronte Cruz, Minis-

ter für Energie und Bergbau, hob kürzlich die Energiesouveränität als wesentliches Ziel der kubanischen Politik hervor. Demnach sind zwanzig neue Photovoltaik-Parks im Bau, die 100 Megawatt Strom liefern werden. Zudem seien Projekte mit ausländischen Investitionen und andere mit staatlichen Krediten vorgesehen, z. B. Projekte mit Spanien zur Solarenergie und zur Windenergie mit Indien, Russland, Deutschland, Vietnam und China.

Kooperation mit China

Zu China wurden die diplomatischen Kontakte und Handelsbeziehungen seit den 1990er Jahren stetig ausgebaut, und ab 2005 unterstützte die Volksrepublik Kubas „Energierévolution“ mit der Lieferung von Kühlschränken, In-

Windkraft in der Provinz Camagüey
Foto: La Demajagua





Alternative Energiequelle in Ciego de Ávila
Foto: Alejandro García

duktionskochen und Leuchtstofflampen. Inzwischen ist China einer der führenden Investoren in Kubas Programm für erneuerbare Energien. Ziel ist es, dass Kuba schon bis 2024 24% seines Stroms aus erneuerbaren Energien wie Zuckerrohr-Biomasse, Sonnenkollektoren, Windkraftanlagen und kleinen Wasserkraftwerken gewinnt. „Am weitesten fortgeschritten ist die photovoltaische Solarenergie. Im ganzen Land wurden bereits 65 Anlagen gebaut und 15 weitere sind in Arbeit, die die installierte Leistung auf 42 Megawatt erhöhen werden“, heisst es aus dem kubanischen Ministerium für Energie und Bergbau. Die Elektrizitätsgesellschaft Kubas plant, bis 2030 700 Megawatt an erneuerbarer Solarenergie zu installieren, 688 MW an Windparks und 56 MW an Wasserkraftwerken. Derzeit gibt es vier Projekte in verschiedenen Bauphasen von Solarenergieparks mit internationalen Investitionen für insgesamt 200 MW, eines davon ist der erste Park mit 100 Prozent ausländischem Kapital in der Sonderentwicklungszone Mariel.

Auch das erste Bioenergiekraftwerk wird in der Provinz Ciego de

Avila mit einer gemeinsamen Investition Kubas und Unternehmen aus China und Großbritannien gebaut. Diese Anlage wird für jede Tonne Zuckerrohr, die von der benachbarten Zuckermühle verarbeitet wird, etwa 157 KWh erzeugen.

Die Kooperation mit China geht noch weiter: Ein neuer Kooperationsplan wird im Rahmen der Belt and Road Initiative (BRI) wichtige gemeinsame Projekte in die Wege leiten. Die chinesische Regierung wird die Verbesserungen am kubanischen Stromnetz finanzieren und spendete bereits 5.000 Solarpaneele.

Daneben unterstützen internationale Solidaritätsprojekte diese Entwicklung, wie z. B. das von Inter-Red Cooperación e.V., die derzeit Photovoltaikanlagen auf Dächer bauen, die eine Jahresleistung von 280.000 Kilowatt produzieren und unter anderem einem Pharmabetrieb den Strom für Produktion, Forschung und Lagerung in Kühlräumen liefern werden. Die Installation der Solaranlage mindert vollständig den Wärmeeintrag ins Gebäude und erzeugt gleichzeitig den Strom, der, auch an Wochenenden, vor Ort benötigt wird.

Und es gibt noch zahlreiche weitere kleine inländische und ausländische Projekte, die ihren Beitrag leisten. So erfand der kubanische Ingenieur Alexander López Savran kürzlich ein Versorgungssystem mit Biogas für ländliche Gemeinden, das Rückstände aus der Tierhaltung als erneuerbare Energiequelle nutzt. Es ist derart effizient, dass es das Biogas bis zu fünf km entfernt verteilen kann, ohne dass dazu Gebläse oder Kompressoren nötig sind. Mit dieser Innovation konnten in Sancti Spiritus Hunderte von Haushalten versorgt werden.

Um die akuten Energieengpässe zu überwinden, wurden im Mai 2019 „Stromschiffe“ des türkischen Herstellers und Betreibers Karpowership gemietet. Mit derzeit vier solcher schwimmenden Kraftwerke werden etwa 330 Megawatt und damit rund 15 Prozent des kubanischen Strombedarfs befriedigt. Die Verträge sind zunächst auf vier Jahre ausgelegt, um in dieser Periode die jahrzehntealten und teils stark verschlissenen sowjetischen Schwerölkraftwerke zu erneuern. Wegen des Devisenmangels wurden ihre Wartungszyklen zuletzt häufig ausgesetzt, was seit etwa zwei Jahren zu Schäden und Stromabschaltungen geführt hat.

All diese Bemühungen sind bemerkenswert, wie auch international anerkannt wird. So meinte Alvaro Rios Roca, der Exekutivsekretär der lateinamerikanischen Energiekommission, kürzlich, Kuba gehöre zu jenen Staaten, in denen „der Entwurf der rationellen und wirksamen Verwendung der Energie am ernsthaftesten verwirklicht wird“. Die Maßnahmen, die die Regierung ergriffen habe, und ihr politischer Wille seien eine „wirkliche energetische Revolution, an der sich Lateinamerika und die Karibik ein Beispiel nehmen können.“

Phase der Erholung

Wirtschaftswachstum von vier Prozent prognostiziert für 2022

Von Peter Knappe

Kubas stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Planung Alejandro Gil Fernández, stellte Ende 2021 den Wirtschaftsplan für 2022 vor.

Im Rückblick auf das vergangene Jahr führte er aus, dass die kubanische Wirtschaft, im ersten Quartal 2021, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 13,4 Prozentpunkte gesunken sei. Neben der weiteren Verschärfung mit über 240 Maßnahmen der US-amerikanischen Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die in den letzten Tagen von der Trump-Administration verabschiedet worden waren, und von denen keine unter der derzeitigen Präsidentschaft von Biden zurückgenommen wurde, ist dieser Rückgang auch auf die Maßnahmen im Kampf gegen Covid-19 zurückzuführen.

Der Trend der Schrumpfung konnte aber – nach sieben aufeinanderfolgenden Quartalen – durchbrochen und eine Phase der Erholung eingeleitet werden. Dies drückt sich in einem geschätzten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Größenordnung von zwei Prozent am Ende des Jahres aus. Das geplante Ziel von sechs Prozent konnte – aus den genannten Gründen – nicht erreicht werden.

Der Minister erwähnte auch, dass mehr als 500 staatliche Unternehmen Verluste gemacht hätten. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass Beschäftigte, deren Betriebe auf Grund der erforderlichen Maßnahmen im Kampf gegen Covid-19 geschlossen waren, ihr Entgelt weiter bekommen haben. „So wurden (...) beispielsweise

se mehr als 2 Milliarden Pesos für den Schutz von Beschäftigten bereitgestellt, deren Arbeit vorübergehend durch die Schließung von Betrieben unterbrochen wurde“.

Im Zusammenhang mit der teilweisen „Dollarisierung“, womit der illegale Handel (Ankauf und Verkauf in ausländischer Währung) gemeint ist, betonte er, dass der nicht-staatliche Sektor nicht dazu bestimmt sei, Quelle für die Finanzierung des staatlichen Sektors in Devisen zu sein. Diese illegalen Geschäfte drücken sich dann in Wechselkursen von 80 und mehr CUP (kubanischer Peso) zu eins auf dem „Schwarzmarkt“ aus.

Unabhängig davon, dass es sich bei den Beteiligten auch um kuba-

Über Mikrokredite sollen kleine Selbstständige eine Anschubfinanzierung erhalten.
Foto: José Manuel Correa / Granma



nische Personen handelt, die ihre eigenen Interessen über die Interessen der Gemeinschaft stellen, werden die Wechselkurse auch vom Ausland manipuliert. Hier spielt unter anderem das Contra-Internetportal „El Toque“ eine prominente Rolle. Über dieses und andere, auch aus den USA finanzierten Portalen, werden Falschmeldungen (Fake-News) ins Internet gestellt, um einer Destabilisierung der kubanischen Wirtschaft Vorschub zu leisten.

Diese illegalen Praktiken stehen in Kontrast zur Planung der „Aufgabe Neuordnung“ (Cuba Libre berichtete), die sich vor allem im Hinblick auf die Inflation im Einzelhandel auswirkt. Der Minister betonte, dass dieses Phänomen aus diesem Grund bekämpft werden wird.

Ausdrücklich wies der Minister darauf hin, dass die Ursachen für die aktuelle wirtschaftliche Lage und Entwicklung im Anstieg der Importkosten, einer größeren Nachfrage bei zu geringem Angebot und den bekannten Auswirkungen der Pandemie auf die internationale Wirtschaft zu suchen seien: „Das sind allgemeine Probleme, aber im Falle Kubas werden sie durch eine zugespitzte Wirtschaftsblockade verschärft, die immer auf der Suche nach einer Gelegenheit ist, uns zu ersticken und der Revolution ein Ende zu setzen.“

Er widersprach der Auffassung, dass die Ursachen für den Anstieg einer Reihe von Preisen etwas mit der „Aufgabe Neuordnung“ zu tun haben. „Alle oben genannten Punkte waren mit oder ohne Neuordnung vorhanden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Aufgabe keine Fehler in ihrer Konzeption und Durchführung aufweist, die wir von Anfang an zu korrigieren versucht haben.“

Wenn von Inflation gesprochen wird, dann sei es erforderlich zu verstehen, dass damit ein generel-

ler und dauerhafter Anstieg der Preise bezeichnet wird. Im Falle Kubas sei dies so jedoch nicht der Fall, da die Preise in den Bereichen des elementaren Bedarfs, wie die Strom- und Wassertarife, die Kraftstoffpreise, der Standardwarenkorb für Familien, die Preise für die Gasversorgung bis heute unverändert geblieben seien. „Und da war die Inflation gleich Null“. Der wesentliche Grund dafür sei, dass die entsprechenden staatlichen (vergesellschafteten) Betriebe bzw. Unternehmen sind, die, anders als in der Bundesrepublik Deutschland, nicht den Profitinteressen der privaten wirtschaftlichen Eigentümer folgten.

Hier sei noch darauf hingewiesen, dass über 90 Prozent der Kubanerinnen und Kubaner Eigentümer ihrer Wohnungen sind, womit klar ist, dass diese damit keine Mieterhöhungen zu erwarten haben.

Ungeachtet dieser Tatsachen sind die Preise in anderen Bereichen gestiegen. „Wo kommt diese Inflation am stärksten zum Ausdruck? Bei den Preisen von Angebot und Nachfrage, bei den staatlichen und nichtstaatlichen Marktpreisen, aber vor allem, weil es viel Spekulation und Weiterverkauf gibt, und das muss bekämpft werden.“

Die Lösung des Problems bestehe nicht darin, einfach die Löhne zu erhöhen, weil dies nicht die Ursache des Problems beseitige. Es sei sicher zu stellen, dass Produkte nicht aus den Regalen verschwinden um dann zu einem höheren Preis wiederverkauft zu werden. Der Minister zog die Konsequenz, dass die wirksamste Maßnahme sei, das entsprechende Angebot zu erhöhen.

Das Wachstum der Wirtschaft wird auf etwa vier Prozent geschätzt, wenn die wirtschaftliche und schrittweise Erholung des Landes anhält. Die sei durch die Öffnung der wichtigsten Wirtschaftszweige, die Erholung des

Tourismus und die Vorzüge der Pandemiebekämpfung zurückzuführen.

Außerdem wies er darauf hin, dass in Kuba keine Marktwirtschaft herrsche, in der diejenigen, die nicht konsumieren können, einfach ausgeschlossen werden, sondern dass den Menschen und Gemeinschaften in prekären Situationen Priorität eingeräumt wird.

Zur aktuellen Entwicklung bei den „Solo-Selbstständigen“ und den Kleinst-, Klein- und Mittelgroßen Unternehmen (KKMU)

Bei den „Solo-Selbstständigen“ (auf eigene Rechnung Arbeitende) wurden die zugelassenen Tätigkeiten durch eine Liste von nicht zulässigen Tätigkeiten ersetzt.

Der Gründungsprozess von nicht-landwirtschaftlichen Genossenschaften (CNAs), der auf Grund von Ungereimtheiten und Problemen bei der Umsetzung des Experiments nicht gut gelaufen war, wurde wieder ins Leben gerufen. Innerhalb von etwas mehr zwei Monaten seit der Zulassung der Gründung von KKMU, zu denen mehr als 700 Unternehmen zählen, sind hier mehr als 11.000 Arbeitsplätze geschaffen worden.

Zur weiteren Unterstützung des Gründungsprozesses wurde ein Finanzinstitut für Kleinkredite als Dienstleistung (Financiera de Microcréditos S.A) für die neuen Wirtschaftsakteure gegründet.

Während einer Pressekonferenz erläuterte Ayamis Lozada García, Generaldirektorin des neuen Unternehmens, dass sowohl an nicht-landwirtschaftliche Genossenschaften (CNA) und Selbständige (TCP) als auch an Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen (KKMU), Kredite in MLC (Moneda Libremente Convertible = frei konvertierbare Währungen) gewährt werden können. Immer unter der Maßgabe, dass die Kreditnehmenden in die lokalen, regionalen und nationale Wirtschaftsplanungen eingebettet sind.

Der Kampf um unser aller Überleben und um eine bessere Welt geht weiter

Von Dr. med. Klaus Piel

Die Omicron-Mutante des Coronavirus verschont auch Kuba nicht. Lagen die täglichen Erkrankungszahlen in ganz Kuba im November 2021 noch im zweistelligen Bereich, sind jetzt – auch wegen der Öffnung für den Tourismus – um die 3000 Fälle täglich zu verzeichnen. Aber die Erkrankten weisen deutlich geringere Krankheitssymptome auf. Dies ist vor allem den hohen Impf-raten in Kuba zu verdanken. Denn über 9,8 Millionen Menschen sind schon komplett geimpft (entspricht drei Impfungen), das sind 87,5% der kubanischen Bevölkerung. Insgesamt wurden 33.275.888 Impfdosen von Soberana 02, Soberana Plus und Abdala verimpft, die höchste relative Zahl weltweit.

4.407.695 Personen haben bereits eine Auffrischungsimpfung erhalten, also über 35% der Bevölkerung.

Erkrankungszahlen und Aussicht

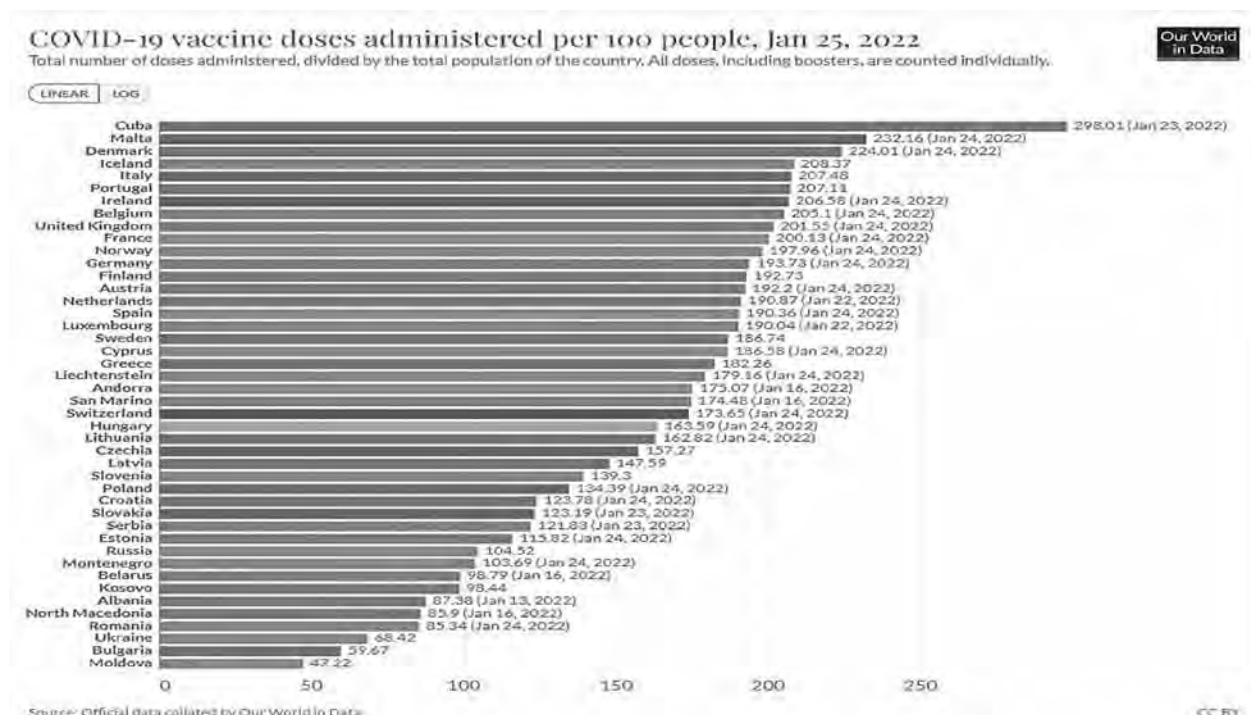
Bis zum 24. Januar 2022 wurden auf Kuba insgesamt 1.028.183 Per-

sonen positiv auf SARS-CoV-2 getestet. Allein am 24.1.2022 wurden 2.764 Personen positiv getestet und sechs Menschen starben an diesem Tag mit oder an COVID-19 und erhöhten damit die Zahl auf insgesamt 8.373. Die meisten Erkrankungsfälle gab es in der Provinz Holguin mit 441, in Sancti Spiritus waren es 232 und in Ciego de Ávila 241 Fälle, in Havanna waren es „nur“ 106 Fälle. Kubas Epidemiologen gehen davon aus, dass die aktuelle Omikronwelle aufgrund der hohen Impfquote nicht wieder zu den extrem hohen Erkrankungszahlen der Deltawelle führen und dass die Krankenhäuser nicht erneut überlasten sein werden. Auch in Kuba wird der Höhepunkt der Omikronwelle Mitte/Ende Februar erwartet und danach ein Abflachen der Erkrankungskurve. Wie bei uns rechnet man mit dem Übergang in die endemische Phase der Pandemie (Eine Krankheit, die in bestimmten Regionen regelmäßig auftritt,

wird als endemisch bezeichnet. Bei einer Endemie bleibt die Zahl der Erkrankungen über die Zeit relativ konstant, die Redaktion) und spricht von einer „verantwortungsvollen Koexistenz“ mit dem Virus. Wenn uns das Virus durch neue Mutationen nicht wieder einen Strich durch die Rechnung macht.

Neue Einreiseregulungen seit 5. Januar 2022

Seit dem 5. Januar dürfen nur noch vollständig Geimpfte (eine Boosterimpfung wird nicht verlangt) auf die Insel einreisen. Es ist ein negativer PCR-Test vorzuweisen, der bei Abflug nicht älter als 72 Stunden sein darf. Kubanische Staatsbürger können weiterhin ungeimpft einreisen, müssen sich dann aber für acht Tage auf eigene Kosten in ein Quarantänehotel begeben. Die Reisenden sind verpflichtet, sich über ein neues digitales Einreiseformular anzumelden.



In Kuba gilt im gesamten öffentlichen Raum Maskenpflicht. Restaurants, Bars, Museen, Autovermietungen und andere Einrichtungen sind geöffnet. Zwischen den Provinzen verkehren wieder regelmäßig Fernbusse und Züge.

Vermarktung der kubanischen Impfstoffe

In Mexiko wurde „Abdala“ durch die mexikanische Medizinaufsicht „Cofepris“ zugelassen. Die Cofepris wurde im Jahr 2012 als „nationale Referenzbehörde“ von der panamerikanischen Gesundheitsorganisation (PAHO) zertifiziert. Das hat auch positive Auswirkungen für die Zulassung in weiteren Ländern des Kontinents. Inzwischen wird schon in Nicaragua, Venezuela, dem Iran und Vietnam mit kubanischen Impfstoffen geimpft, eine wichtige Etappe zur Anerkennung von Kubas Stellung als biotechnologische „Großmacht“ und zur notwendigen Refinanzierung der bereits entstandenen Kosten.

Globale Notwendigkeiten

Noch immer gibt es bei den politisch Verantwortlichen in den Ländern des Nordens keine ganzheitliche Sicht, weder auf die Kli-

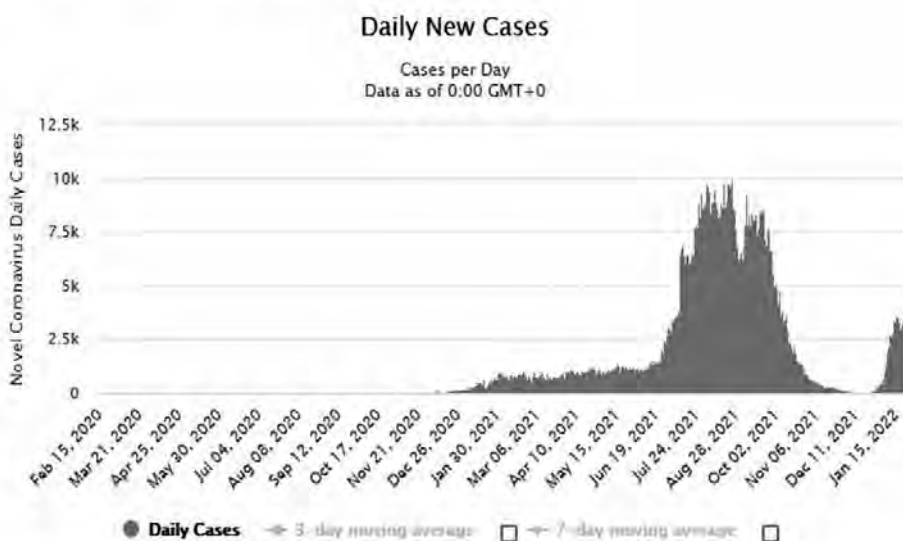
ma- noch auf die Seuchenproblematik noch auf die Umsetzung ethischer Standards im globalen Maßstab. Es wäre nicht nur wünschenswert, sondern es ist absolut notwendig, die Erde als unser aller Heimat anzusehen, unabhängig von Vermögen, Besitz, Staatsbürgerschaft, Ethnie und Religion. Wir alle sind Menschen und sitzen alle im gleichen Boot. Deshalb ist es ein Trugschluss, wenn wir bevorzugt Lösungen für uns auf der Speckseite dieser einen Welt suchen und nicht Lösungen und Angebote für alle. Die Möglichkeiten hierzu sind vorhanden. Stattdessen setzen Politik und Unternehmen aber auf kurzfristige Profite, auf Massentierhaltung und Raubbau, lassen die zunehmende Vernichtung der grünen Lungen unseres Planeten zu, geben den Wildtieren immer weniger Raum und Rückzugsgebiete und schaffen uns unsere Seuchen damit letztlich selbst.

Anders Kuba: Bei allen Entwicklungen, sei es in der Medizin, im Umwelt- und Klimaschutz, in der Bildung, in der Entwicklung zum Menschsein ganz allgemein, folgt Kuba nicht nur für alle seine Bürger sondern für alle Menschen dem Prinzip der Gleich-

heit und der Solidarität. Dies gelingt natürlich nur im Rahmen der Möglichkeiten des kleinen Landes. Und dies nach dem Motto: Wir geben nicht das, was wir übrighaben und nicht mehr benötigen, sondern teilen das, was wir haben, mit denen, die es noch nötiger brauchen. Hierfür gibt es unzählige Beispiele. Und wenn wir hören, dass Kuba kürzlich von der Zentralamerikanischen Bank für Wirtschaftsintegration-BCIE- einen Kredit von 46,7 Millionen Euro für die Impfstoffherstellung bekommen hat, mit dem 200 Millionen Impfdosen hergestellt werden können, kann man davon ausgehen, dass davon viele arme Menschen in Lateinamerika und anderen Ländern des Südens profitieren werden. Ein Traum wäre es auch, wenn die Initiative für die Zulassung der kubanischen Impfstoffe Soberana 02, Soberana plus und Abdala in Europa bald Erfolg hätte und die kubanischen Impfsera auch hier eine Zulassung bekommen würden (<https://www.fgbrdkuba.de/presse/artikel/20220101-zulassung-des-kuba-impfstoffs-in-europa.php>). Sie sind ausgezeichnet, sie sind geprüft und bereits millionenfach ohne größere Nebenwirkungen angewandt worden. Und sie sind als Proteinimpfstoffe auch eine gute und wirksame Alternative zu den mRNA- Impfstoffen, die viele vor allem aus Angst ablehnen. Aber das wird wohl an den hier herrschenden antikommunistischen Reflexen und Vorurteilen ebenso scheitern wie auch der Wunsch eines vernünftigen, friedlichen Umgangs der Staaten miteinander, der auf Kooperation und nicht auf Konfrontation setzt und so wirkliche (Über)Lebensbedingungen schafft. Trotz alledem – a pesar de los pesares: Der Kampf um unser aller Überleben und um eine bessere Welt geht weiter.

Daily New Cases in Cuba

Worldometer's COVID-19 data 25.1.2022



Aus der Krise einen großen Schritt in die Zukunft

Kubas neues Familiengesetz

Von Wolfgang Mix

Deutschland und Kuba zeigen sich derzeit ganz unterschiedlich. Hier hat die Corona-Krise den vollständigen Bankrott neoliberalen Geldgötzenwahnsinns aufgezeigt. Es mangelt nicht an Menschen, doch an qualifiziertem Personal nicht nur im weitgehend privatisierten Gesundheitswesen. Die Qualifizierung und Ausbildung menschlichen Potentials wurde als unnützer Kostenfaktor abgetan und hätte rechtzeitig erfolgen müssen. Der zum Hungergerippe „verschlankte“ Nachtwächterstaat erschöpft sich in lauen Empfehlungen und vernachlässigt überall seine Aufgaben. Er ist nicht willens, das durchzusetzen, was getan werden muss, und verliert zunehmend den Respekt unterschiedlichster gesellschaftlicher Sektoren – ein Vakuum deutet sich an. Während die Liberalen eigentlich im Boden versinken müssten, wenn sie so etwas wie Schamgefühl überhaupt besäßen, sind die anderen Parteien in weiten Teilen bereits vom gleichen Geiste benebelt.

Der wirtschaftliche Liberalismus hat einmal mehr gezeigt, dass er abgewirtschaftet hat. Wer jedoch nur die Mehrung des ohnehin schon obszönen Reichtums einer Minderheit im Blick hat und die Mehrheit der Menschen zu immer unhaltbareren Lebensbedingungen herabwürdigt, wird weiter Gas geben, bis er an irgendeinem Punkt die bestehenden Strukturen total an die Wand gefahren hat.

Dagegen existiert das sozialistische Kuba, das hier beständig als gescheitertes Gesellschaftsmodell schlecht geredet wird, tatsächlich auf soliden Fundamenten. Die Corona-Krise wurde durch einen innovativen staatlichen Wissenschafts- und Pharmasektor, durch motivierte Men-

schen sowie eine umfassende und niemand ausgrenzende Sozialpolitik mit erstaunlicher Souveränität bewältigt. Jetzt wurde in Kuba der Entwurf eines neuen Familiengesetzes vorgelegt. Es steht zur öffentlichen Diskussion und dann zur Abstimmung durch die Bevölkerung.

Das derzeit noch gültige Familienrecht aus dem Jahre 1975 war damals bereits sehr fortschrittlich. So forderte es beispielsweise die Aufteilung der Hausarbeit zu gleichen Teilen zwischen Mann und Frau. Doch es war insgesamt noch sehr stark auf diese Geschlechterdualität zugeschnitten. Die speziellen Lebenslagen von Minderheiten wurden noch zum Teil – historisch und kulturell bedingt – nicht in dem Maße und in der Weise berücksichtigt, wie es heute angemessen erscheint. Doch erfolgten in der Zeit danach bereits weitergehende Reformen: So ist seit Ende der 1970er Jahre Homosexualität kein Straftatbestand mehr und der Militärdienst steht für diese Personengruppen seit 1993 offen. Geschlechtsumwandlungen bei transsexuellen Menschen sind seit 2008 möglich und die Kosten übernimmt das staatliche Gesundheitswesen.

Die „Ehe für alle“ war bereits 2019 bei der Verabschiedung der neuen Verfassung ein Thema. Doch angesichts von Protesten religiöser, besonders evangelikaler Grüppchen, wurde sie erstmal herausgenommen, um bei der Abstimmung um die Verfassung dieser eine klare Mehrheit zu ermöglichen. Jetzt ist sie Bestandteil des neuen Familiengesetzes, ohne im Vordergrund zu stehen. „Wir wollen, dass unsere Bevölkerung die Vorteile, die dieses Gesetz bietet, versteht, dass es

keine Lebensmodelle aufzwingt, dass es keinen Personen Rechte nimmt, um sie anderen zu geben, sondern dass es eine generelle Fähigkeit besitzt, Alternativen für die Lösung familiärer Konflikte aufzuzeigen“, so Yamila González Ferrer, Vizepräsidentin der nationalen Union der Juristen Kubas (UNJC). Der Text thematisiert die Inklusion nicht nur von Personengruppen in Bezug auf sexuelle Orientierung, sondern auch von Älteren, von Menschen mit Behinderung und von Kindern und Heranwachsenden. Deren Selbstbestimmung soll befördert werden und ihre Interessen müssen von jedweder Autorität berücksichtigt werden. Die UNESCO äußerte sich bereits positiv und bestätigte dem Land, mit diesem Gesetzentwurf in Bezug auf die Rechte des Kindes einen bedeutenden Schritt nach vorne getan zu haben.

Gewalt in der Familie soll stärker ins Blickfeld gerückt und härter geahndet werden. Dagegen werden eine solidarische und liebevolle Form des Umgangs miteinander und entsprechende Kommunikationsmuster postuliert, welche die affektiven Bindungen zwischen allen Familienmitgliedern befördern sollen, ob sie durch Blutsbande bestehen oder durch Freundschaft. Die wesentliche Ergänzung zum Gesetz von 1975 ist, dass das neue Gesetz andere Familienmodelle sichtbar macht und ihnen auf der Basis des allgemeinen Menschenrechts und unter Beseitigung jeglicher Diskriminierung Raum gibt und den Respekt für Unterschiedlichkeit einfordert.

Es wird interessant sein, wie sich die katholische Kirche dazu positioniert. Das gilt besonders auch für die evangelikalen Sekten, deren in



Der Familienkodex erkennt die kubanische Familie in ihrer Vielfalt und Komplexität an.
Foto: Razones de Cuba

weiten Teilen krude Weltsicht wie aus der Epoche der Dinosaurier anmutet und die, von den USA ausgehend, auf die lateinamerikanischen Länder herübergeschwappt sind. Man wird versuchen, sie einzubinden. Doch es kann auch zur Konfrontation kommen. Vielleicht machen sich diese eher marginalen Kräfte zu Handlangern erneuter Systemveränderungsversuche des US-Imperialismus, der bei jedem sich abzeichnenden gesellschaftlichen Dissenz versuchen wird, Öl ins Feuer zu gießen..

Doch dessen Wunschphantasien werden sich nicht erfüllen. Die große Mehrheit der Menschen Kubas ist gebildet und wird den humanistischen Ansatz dieser geplanten Reform verstehen und würdigen. Im tiefsten Sinne revolutionär ist an dem Text, dass er die Dichotomie männlich/weiblich weitgehend ignoriert und in einem umfassenden Sinne die Vision einer für alle gerechteren Gesellschaft aufzeigt. Das Ordnungselement der Unterscheidung zwischen Mann und

Frau, welches tief im Bewusstsein der Menschheit verwurzelt ist, bildete seit Jahrtausenden bis heute die Rechtfertigung für unermessliches Leid, Unrecht und Unterdrückung. Hier wird ganz einfach seine scheinbare Bedeutung in Abrede gestellt, indem es nicht benötigt und beiseite gelassen wird. Aus der Welt geschafft ist es damit natürlich noch lange nicht. Dies wird erst geschehen, wenn die Menschheit die prähistorische Epoche ihrer Existenz hinter sich gelassen hat.

Neues Familiengesetz in Kuba

Von Roland Armbruster

Bis in bundesdeutsche bürgerliche Zeitungen macht der Entwurf eines neuen Familiengesetzes in Kuba Schlagzeilen.

Dies wohl vor allem, weil dort – wie schon seit 2019 in der kubanischen Verfassung – die Ehe nicht mehr als Bund zwischen Mann und Frau, sondern als „freiwillige

Verbindung zweier Menschen“ definiert wird. Dies ist auch im internationalen Kontext sehr fortschrittlich und umso mehr in einem Entwicklungsland katholischer Prägung. Vor allem die katholische Kirche hatte gegen die Ehe-Öffnung gewettert und eine Gleichstellung homosexueller

Paare als „ideologischen Kolonialismus“ diffamiert. Auch bei der Volksbefragung und dem folgenden Referendum wird kirchlicher Widerstand, auch durch Evangelikale, erwartet.

Leider wird – außer in der Tageszeitung junge Welt oder der Wochenzeitung Unsere Zeit – auf

das Gesetz als solches in der bürgerlichen Presse hier kaum eingegangen, obwohl sowohl die Vorgeschichte und wie das Gesetz nun endgültig zustande kommen wird als auch sein weiterer Inhalt eine Betrachtung wert sind.

Wie wird die Bevölkerung beteiligt?

Eine Expertenkommission mit 31 Personen aus Parlamentsabgeordneten, Vertretern von Basisorganisationen und Wissenschaftlern, davon 15 weiblich, hatte den Gesetzentwurf vorbereitet, der dann vom Parlament beschlossen und am 12. Januar 2022 veröffentlicht worden war. Seit dem 1. Februar bis zum 30. April läuft eine Befragung der Bevölkerung zum Gesetz, das unter anderem die gleichgeschlechtliche Ehe und Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare vorsieht.

Das neue Gesetz soll das Gesetz von 1975 ablösen. Es besteht aus 11 Titeln und 483 Artikeln. Zur der Befragung gibt es im kubanischen Fernsehen immer wieder Sendungen, in denen das Gesetz vorgestellt wird und in denen Zuschauer Fragen stellen können. Zu-

dem sind für diesen Prozess in den Gemeinden 78.110 öffentliche Versammlungen vorgesehen, an denen auch Juristen teilnehmen, um zuzuhören und eventuelle Zweifel zu klären.

Jeder Wähler hat das Recht, entweder Änderungen, Ergänzungen oder Streichungen vorzuschlagen oder Zweifel zu äußern und mündlich äußern oder schriftlich einzureichen.

Präsident Miguel Mario Díaz-Canel Bermúdez hat betont, dass die Volksanhörung und das anschließende Referendum wichtige politische Prozesse seien, da es sich dabei um ein emanzipatorisches Gesetz handele, das die in der Gesellschaft existierende Probleme löse.

Mariela Castro Espin (Direktorin des Nationalen Zentrum für Sexualforschung Cenesex und eine Protagonistin des neuen Gesetzes) meinte zum Gesetzesvorschlag: „Wir sehen uns einem Kodex gegenüber, der die Garantien der Rechte auf alle Menschen ohne Unterschiede ausweitet, keine

Modelle verurteilt oder auferlegt und zur Erosion des Patriachats als Mittel der Unterdrückung und Diskriminierung beiträgt.“ Die Abgeordnete forderte die Bevölkerung auf, das Projekt mit soliden Argumenten und mit bewusster Beteiligung zu verteidigen und wies darauf hin, dass das Gesetz Kuba in Sachen Familienrechte an die internationale Spitze stelle. Zusätzlich wurde noch der komplette Gesetzesentwurf in einer größeren Auflage in gedruckter Form zur Verfügung gestellt.

Was regelt das Gesetz außer der Definition als Ehe zwischen zwei Personen noch?

Das Gesetz stärkt die Rechte von Kindern und Jugendlichen, bei der Erziehung wird auf geteilte Erziehungsverantwortung gesetzt. Es wird ein Schutzmechanismus gegen häusliche Gewalt ausgebaut. Zudem soll das Selbstbestimmungsrecht von älteren Familienmitgliedern und Menschen mit Handycaps festgeschrieben werden.



Vor 50 Jahren: Fidel Castros Deutschlandbesuch

Von Wolfgang Mix

Im Sommer 1972 trat Fidel Castro eine Reise durch mehrere Länder an, die ihn auch in die DDR führte. Am 13. Juni landete er auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld. Nach der Landung soll es folgenden Dialog mit Erich Honecker gegeben haben: „Wir sind am 13. hier angekommen. Das ist ein gutes Datum.“ – „Ja, am 13. August hast du Geburtstag und am 13. August haben wir dem Imperialismus einen Riegel vorgeschoben.“* Als Geschenk brachte Fidel eine Landkarte Kubas mit, auf der eine kleine Insel vor der Schweinebucht, die man umbenannt hatte, als „Ernst-Thälmann-Insel“ eingezeichnet war.

Natürlich diente die Reise der Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen beider Länder. Kuba war das erste Land Lateinamerikas, welches die DDR völkerrechtlich anerkannt hatte. In internationalen Gremien forderte Kuba die Mit-

gliedschaft und Anerkennung des sozialistischen Deutschlands. In den 1970er Jahren befand sich die DDR, nach schwerem Start als Resultat des 2. Weltkrieges, auf dem Höhepunkt ihrer wirtschaftlichen Entwicklung: Sie hatte den höchsten Lebensstandard im sozialistischen Staatenblock und wurde weltweit zu den führenden Industrieländern gerechnet. Sie lieferte unter anderem Maschinen und ganze Fabrikanlagen nach Kuba, aber auch landwirtschaftliche Güter und Milchpulver. Im Gegenzug schickte Kuba Rohstoffe, Zucker und Südfrüchte.

Die Reise Fidels war geprägt von dem herzlichen Empfang durch die Bevölkerung. Er fühlte sich sehr wohl und durchbrach wiederholt das Protokoll, um den Kontakt und das Gespräch mit Menschen zu suchen. So soll er bei einer Führung durch Dresden spontan an einer

Haustür geklingelt haben mit der Bitte an

die überraschten Bewohner, einen Blick „hinter die Fassade“ werfen zu dürfen. Auf dem Theaterplatz der Stadt feierten ihn 120.000 Menschen. Vorher hatte er bereits ein umfangreiches Begegnungs- und Besuchsprogramm in Berlin und den Leuna-Werken in Halle absolviert. Anschließend besuchte er noch den Norden – unter anderem Warnemünde und die Hafenstadt Rostock. Der Wohnungsneubau imponierte ihm besonders: „Gestern besuchten wir Halle-Neustadt und sahen, was dort errichtet wird. Wir haben das sogar mit Informationen über kapitalistische Städte verglichen. (...) Keine kapitalistische Stadt baut und lässt freien Raum für Grünflächen. Im Kapitalismus wird mit jedem Quadratmeter Boden gehandelt. (...) In keiner kapitalistischen Stadt werden zusammen mit den Wohnungen Erholungsplätze, Kindergärten, Grundschulen, technische Institute und Kulturzentren erbaut. In keiner Stadt wächst

Fidel Castro (l.) überreichte Erich Honecker (Mitte) eine Landkarte der Republik Kuba. Sie zeigt eine Insel, die den Namen „Ernst Thälmann“ trägt.

Foto: Bundesarchiv_Bild_183-L0619-026 / CC-BY-SA 3.0



eine solche Jugend, wachsen die Kinder so auf wie hier und wie

wir sie überall in der DDR gesehen haben. Daher können wir uns natürlich vorstellen, wie die DDR in 25 Jahren aussehen wird.“

Nein, dass die DDR ein Vierteljahrhundert später bereits Geschichte war, konnte auch er nicht ahnen. Aus seiner Perspektive, welche nicht der Blick auf die Fata Morgana einer in scheinbarem Überfluss schwelgenden Glitzerwelt war, sondern die einer von Armut und kapitalistischer Ausbeutung geschlagenen Mehrheit der Weltbevölkerung, war die Aufbauleistung der Menschen nach dem Krieg ein Vorbild und Wunder zugleich. Neben seinem Lob für das Gesehene unterstrich er in seinen Reden immer wieder die Bedeutung des Internationalismus und die Notwendigkeit der Solidarität. Er war sich darin mit seinen Gastgebern einig – besonders im Hinblick auf den bestialischen Krieg der USA gegen das kleine Vietnam, welcher sich auf seinem Höhepunkt befand und letztlich eine Bilanz von drei Millionen vietnamesischer Toter, in ihrer großen Mehrheit Zivilisten, hinterließ: „Über Vietnam haben die Imperialisten mehr als zwölf Millionen Tonnen Bomben abgeworfen. Das ist mehr als das Doppelte aller Bomben, die im 2. Weltkrieg abgeworfen wurden. (...) Millionen von Männern, Frauen und Kindern sind dort durch die imperialistische Aggression umgekommen. Deshalb ist es eine Aufgabe, die sich die lernende Jugend der sozialistischen Länder stellen muss, dass wir im Gegensatz dazu Wissenschaft und Technik nicht anwenden um zu zerstören, sondern um Neues zu schaffen, um die Armut zu besiegen, um das Leben zu schützen und zu verlängern, um das Wohl der Menschen zu fördern.“ Er bezeichnete dies als

Fidel Castro vor dem Brandenburger Tor
Foto: Bundesarchiv, Bild 183-L0614-040 / CC-BY-SA 3.0



„eine der edelsten Aufgaben, die es für einen Menschen geben kann“.

In den folgenden Jahren intensivierte sich die Zusammenarbeit: Zehntausende von Kubanerinnen und Kubanern kamen zur Arbeit, zur Ausbildung und zum Studium. Die DDR wurde überdies zu einem Land, das nach der Sowjetunion die kubanischen Internationalisten in starkem Maße materiell darin unterstützte, den Völkern im südlichen Afrika das Selbstbestimmungsrecht zu sichern und der rassistischen Apartheid-Politik Südafrikas die Grenzen aufzuzeigen.

Auf einem Treffen mit Jugendlichen in Dresden sagte Fidel über den Kampf Kubas um seine Unabhängigkeit: „Das Wesen dieses Kampfes bestand in der Klärung der Fragen, welche Ideen die richtigen waren und welche nicht, ob sie oder wir recht hätten; ob wir in einer Gesellschaft der Ausbeuter und Ausgebeuteten leben sollten – wie sie in den Vereinigten Staaten bestand – oder in einer Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete, wie wir sie in unserer Heimat errichten. Wir wissen aus Erfahrung, wie die Imperialisten ihre Reichtümer missbrauchen, wie sie versuchen, Lügen

zu verbreiten angesichts einer historischen Wahrheit, wie sie zu beweisen versuchen, dass ihr Gesellschaftssystem richtig sei, weil sie reich sind, und zu beweisen versuchen, dass unser Gesellschaftssystem nicht richtig sei, weil wir arm sind. Die einzige historische Wahrheit besteht darin, dass die Kapitalisten ihre Reichtümer durch die Ausbeutung der in diesen Jahren unter dem grausamsten Kolonialjoch lebenden Völker anhäuferten. Unsere Völker sind arm, weil sie jahrhundertlang unter dem Kolonialismus und Imperialismus ausgebeutet wurden.“

Bei allem, was in den 50 Jahren seit diesen Worten geschehen ist: Dieser Fragestellung und dieser Wahrheit müssen sich die Menschen weiterhin stellen. In Kuba, bei uns und weltweit.

* Am 13. August 1926 wurde Fidel Castro geboren; am 13. August 1961 baute die DDR ihre Grenzanlagen aus, um die Abwerbung ihrer Fachkräfte und die zunehmende Subversion aus Westdeutschland zu unterbinden

Wer die vollständigen Reden von Fidel Castro während seines DDR-Besuches nachlesen möchte, findet sie auf unserer Webseite fgbrd-kuba.de

Kolumne

Jorgitos Log

Tausendundeine Niederlagen der Konterrevolution

Von Jorge Enrique Jerez Belisario

Wie wäre es mit einem 11J, wie wäre es mit einem 15N? So läuft das: Die von Außerhalb legen das Datum fest, ohne Bezug zur kubanischen Realität. Und die aus dem Inneren, denen es letztlich nur um die Dollars geht, schenken diesen Daten wenig Beachtung. Von Zeit zu Zeit inszenieren sie ein „So tun als ob“, um das Geld zu rechtfertigen, welches sie von NED, USAID oder anderen erhalten, die bereit sind, ihr Geld schlecht zu investieren. Der Unterschied ist, dass es sich bei diesen Inszenierungen nicht um die der Drehbuchautoren handelt, auch nicht um die von Gane Sharp, und schon gar nicht um die schlechte Kopie des Diskurses von Václav Havel, mit der Yunió García ins Rennen geschickt wurde.*

Mit ähnlichen Begriffen wie „Freiheit“, „Demokratie“ und „Achtung“ der Menschenrechte warf Havel der tschechoslowakischen Regierung von 1989 vor, Probleme zu vertuschen. Die kubanische Fassung beschuldigt die kubanische Regierung, Angst vor der Wahrheit zu haben. Sie wollen in Kuba das wiederholen, was in der Tschechoslowakei oder in der mächtigen UdSSR geschah, aber dieses Drehbuch wurde nicht von Havel und noch viel weniger von Yunió geschrieben, es kommt aus dem Hintergrund und seine Autoren sind bekennende CIA-Agenten.

Mit jedem neuen Scheitern einer dieser Akte geht die Anklage einher, die Kubaner, die das gesellschaftliche Projekt in ihrem Land verteidigen, zu beschuldigen, den „Volkszorn“ zu schüren. Man hat jedoch noch nie erlebt, dass die erpresserischen Kampagnen gegen kubanische Künstler in Miami

oder die medialen Lynchmorde an jedem, der es wagt, die Revolution zu verteidigen, auf gleiche Weise verurteilt worden wären. Handelt es sich womöglich um eine Frage der Sympathie?

Und warum geht für sie niemand auf die Straße? Das hat weniger mit der einer vermeintlich grausamen Repression, zu tun, die ohnehin nur in den Medien vorkommt, die sie unterstützen. Diese Leute, die über Monate die November-Märsche und das sie begleitende politische Programm beworben haben, sind von der kubanischen Realität abgekoppelt. Ihre rund 40.000 Mitglieder auf Facebook existieren nur virtuell, und die große Mehrheit von ihnen lebt im Ausland und hat für die von ihnen dargelegten Probleme keinen Lösungsvorschlag, der über simple Provokation hinausginge.

Womit haben wir es denn hier zu tun?

Wenig glaubwürdig ist eine Person, die eine Liste mit Namen von Personen veröffentlicht, die angeblich ankündigen, gegen den kubanischen Staat demonstrieren zu wollen, und die kurz darauf blamiert wird, als in den sozialen Netzwerken ein direktes Schreiben eines der Unterzeichner auftaucht, in dem er anprangert, dass sein Name ohne seine Zustimmung verwendet wurde und dass er den Organisator des Protests nie gesehen hat.

Wenig glaubwürdig ist eine „Organisation“, die das angebliche Verschwinden ihres bekanntesten Vertreters anprangert, welcher dann 24 Stunden später in Spanien auftaucht. Wie anschließend den Medien zu entnehmen war, war



Die Kubanische Revolution schreibt unglaubliche Geschichten. Jorge Enrique Jeréz Belisario kam 1993 mit einer schweren spastischen Lähmung auf die Welt. Er selbst sagt, dass es Jorgito el Camagüeyano nur deshalb heute noch gibt, weil er unter der schützenden Hand der Revolution aufwachsen konnte. So verwirklichte er seinen Lebens Traum und studierte Journalismus. Jorgito war einer der wichtigsten Aktivisten im Kampf für die Freilassung der „Cuban Five“. Besonders verbunden ist er Gerardo Hernández, dessen Rückkehr nach Kuba er im Dezember 2014 feiern durfte. Der Dokumentarfilm „Die Kraft der Schwachen“, der Jorgitos Leben erzählt, ist über die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba erhältlich.

Jorgito bloggt regelmäßig auf <http://jorgitoxcuba.net>.

Die CUBA LIBRE ehrt er mit einer regelmäßigen Kolumne, deren aktuelle Ausgabe wir im Folgenden abdrucken.

das Visum bereits vor geraumer Zeit erteilt und der Koffer bereits einige Tage zuvor gepackt worden.

Ich nehme auf unseren Straßen glückliche Menschen und Ruhe wahr, aber ich sehe auch viele Menschen, die bereit sind, diese Ruhe gegen auch den kleins-

ten Versuch der Destabilisierung zu verteidigen. Deshalb strömten Arbeiter, Jugendliche und Frauen zu verschiedenen Zeiten auf die Plätze und in die Parks: Ja, sie demonstrierten auch für die Ideen, an die sie glauben und an denen sie mitwirken.

Die damalige US-Interessensvertretung in Havanna schickte vor einigen Jahren eine Hausnachricht nach Washington, in welchem sie die fehlende Moral der „kubanischen Opposition“ einräumte. Heute fischen sie in anderen Teichen, wie dem Kultursektor. Sie haben jedoch innerhalb

Kubas nicht die geringste Unterstützung, sie haben keine Basis in der Bevölkerung und in vielen Fällen handelt es sich um vorbestrafte Kriminelle, die sich in Politiker verwandelt haben.

Natürlich gibt es noch viel zu tun. Die Bürokratie beseitigen. Die Korruption bekämpfen. Gefährdete Stadtviertel und Gemeinden wieder aufbauen. Wohnungsprobleme lösen. Ineffizienzen beseitigen. Produktivkräfte entfesseln. Aber vor allem haben wir viele Menschen innerhalb und außerhalb des Landes davon zu überzeugen, dass es möglich ist, ein Land wie Kuba,

ein Land der Dritten Welt und zudem das Ziel zahlreicher Aggressionen, voranzubringen und zu zeigen, dass eine Alternative zur ungerechten herrschenden Ordnung möglich ist. Unsere Nation, obwohl von Wasser umgeben, hat längst bewiesen, dass sie viel mehr ist als ein simples Archipel.

Übersetzung: Tobias Kriele



* Kuba erlebte im Jahr 2021 zwei Wellen an subversiven Kampagnen: Die erste fand ihren Höhepunkt am 11. Juli (in den Sozialen Netzwerken mit 11J abgekürzt), die zweite am 15. November (dementsprechend 15N).

NED ist die Abkürzung für National Endowment for Democracy. Ebenso wie im Falle der USAID (United States Agency for International Development) handelt es sich um eine Tarn-Organisation der US-Geheimdienste für die Unterstützung von subversiven Bewegungen im Ausland.

Václav Havel war ein antikommunistischer „Dissident“ und eine wichtige Figur in der Beseitigung des Sozialismus in der Tschechoslowakei. Er war der erste Präsident der Tschechischen Republik und später ein Unterstützer der tschechischen Grünen Partei.

Yunior García ist ein kubanischer Kulturschaffender, der als der öffentlich sichtbare Initiator der groß angekündigten Protestmärsche am 15. November 2021 in Kuba fungierte. Die Märsche fielen mangels Beteiligung aus, und García verließ das Land am nächsten Tag in Richtung Spanien.

Anzeige

R-mediabase:

Esther Bejarano

mit
microphone
mafia

ARBEITERLOGIK®
Verlag Wiljo Heinen

64 Seiten, 90 Farbfotos] 16,- €
ISBN 978-3-95514-910-9

Foto: Jochen Vogler

Jazz Plaza - trotz Coronavirus irgendwie

Von Ulli Fausten



Eines gleich vorweg: Der Autor könnte vermutlich keinen eigenen Satz über Jazz zu Papier bringen, der nichtbarer Unsinn wäre. Ich habe zwar dieses Musikgenre als späte Liebe für mich entdeckt, aber meine Begeisterung ist von nicht viel Sachkenntnis getrübt. Andererseits wäre es unverzeihlich gewesen – in nicht zuletzt kulturell deprimierenden Zeiten – die Gelegenheit verstreichen zu lassen, von der Unternehmung zu berichten, nach zwei Jahren Abstinenz wieder einmal ein Ereignis wie „Jazz Plaza“ zu stemmen. Ich habe also bei kundigeren Kollegen oft und ausgiebig Anleihen gemacht, wobei sich mein schlechtes Gewissen in überschaubaren Grenzen hielt. Zum einen wiederholt sich, wenn man kubanische Medien zurate zieht, doch vieles. Als beispielsweise Nachito Herrera – sinngemäß – äußerte, er komme aus dem bitterkalten winterlichen Minnesota ins mildwarmer winterliche Kuba, dem er nun mit seinem Piano noch so richtig einheizen wolle, so gab es hierzu lande praktisch keinen Vertreter

der kulturbeflissenen journalistischen Zunft, der das Temperaturwortspiel nicht dankbar aufgegriffen hätte. Zum anderen ist vieles auch ganz einfach zu recherchieren. Soweit ich autorenbezogene Aussagen verwende, werde ich natürlich mit Quellenangabe zitieren, wie es sich gehört. Eines will ich in der kurzen Einleitung noch loswerden, über das ich lachen musste, als ich es las: Pedro de la Hoz von der Granma (gewiss erheblich kompetenter als ich, was den Gegenstand dieses Artikels angeht) schreibt, – bevor er irgendetwas anderes schreibt! – alles geschehe natürlich „unter absoluter Respektierung der unverzichtbaren sanitären Normen, um die Verbreitung des Coronavirus zu vermeiden“. Pedro, wenn du mich nicht daran erinnerst hättest, darauf wäre ich – gerade in einem Land wie Kuba – vermutlich nicht von selbst gekommen. Aber, Ironie beseite: Dass Wasser nass ist, ist auch ein allgemein geläufiges Erkenntnisgut, ohne dass man diesen Umstand immer wieder ausdrücklich erwähnen müsste ...

Das „Jazz Plaza“ ist eine Veranstaltung, die seit vielen Jahren eine feste Größe im Kulturkalender der Insel ist. Meistens findet sie, wie auch 2022, in Havanna statt, aber auch Santiago de Cuba war schon einige Male Austragungsort. Zum 37. Mal trafen sich Jazzmusiker zu diesem Event vom 18. bis zum 23. Januar. Sechs Tage, das ist nicht gerade das meiste. Das Treffen war auch schon länger – und umfangreicher. Diesmal gab es lediglich Auftritte im Teatro Nacional (beide Säle), im Kulturzentrum Bertolt Brecht und im Teatro America. Die Konzerte waren abends; vor- und nachmittags fand an allen Tagen im Kulturzentrum „31 und 3“ in Vedado das internationale Kolloquium Leonardo Acosta in memoriam statt, um dort Hommagen zu inszenieren oder neue Jazzalben vorzustellen. Es gab Revisionen thematischer Publikationen und Räume zur Analyse der Perspektiven des Jazz in der aktuellen Kulturindustrie. Aber zweifellos wurde die Praxis wichtiger genommen als die Theorie. Wenige Tage vor Beginn hatte Vi-

tico Rodríguez, Präsident des Organisationskomitees, gesagt: „Das Publikum wie auch die Musiker haben sich danach gesehnt, dass Jazz Plaza in diesem Jahr stattfinden möge. Es wird nicht so werden, wie wir es uns anfangs vorgestellt hatten, aber zumindest können wir doch Live-Konzerte realisieren und man kann diese einzigartige Interaktion genießen, die in Szene gesetzter Jazz hervorruft.“

Ausländische Jazzler kamen aus den Vereinigten Staaten, Frankreich, Argentinien, aus Spanien, den Niederlanden, der Slowakei, Schweden, Finnland und Belgien, wobei diese Liste keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Die Inauguration war am 18. 1. 2022 in der Sala Avellaneda des Nationaltheaters und sah Bobby Carcassés und Nachito Herrera als Schlüsselfiguren des Abends. Bobby ist – neben der nicht ganz unbedeutenden Tatsache, dass er „Jazz Plaza“ gegründet hat – „ein wesentliches Element in (...) der Entwicklung eines musikalischen Komplexes, der in unserem Land seine eigene Entität und Größe hat“, wie Pedro de la Hoz schreibt. Was Nachito anbetrifft, erwähnt der Gramma-Journalist zuvorderst, dass dieser in einer solidarischen Geste eine Spende an medizinischen Mitteln und Gerätschaften für Kubas Gesundheitswesen sowie Musikinstrumente und Zubehör aus den USA mitbrachte (wobei letztere teils für das Konservatorium Amadeo Roldán – von diesem Institut wird noch die Rede sein –, teils für das Nationale Zentrum der Kunstschulen bestimmt sind). Eine in der Tat höchst bemerkenswerte Handlung, weiß man doch, dass die „Freiheitsliebenden“ in den sozialen Netzwerken dergleichen keineswegs goutieren. Man kann Herrera nur wünschen, dass er seinen mutigen Alleingang als Künstler überlebt. Aber weg von diesem Nebenschauplatz! Der aus Kuba stammende Pianist aus Min-

nesota eröffnete den Abend. Begleitet von der Gruppe Habana Jazz, sowie einer Anzahl begnadeter Solisten – unter ihnen der junge kubanische Trompeter Jasek Manzano – brachte er mit den dargebotenen Stücken viel Swing und eine erhebliche Ladung „Cubanía“ auf die Bühne. Er spielte aber auch eine Reihe von Standards wie „Stella by Starlight“ und Ähnliches, bevor er das Szenario für jenen freimachte, den er selbst den „Star des Abends“ nannte: den Altmeister Bobby Carcassés mit seinem Programm Vom Blues zur Timba, von der Timba zum Jazz. Der „Showman Kubas“, wie manche ihn bezeichnen, wurde eingrahmt von der Big Band Afrojazz und brachte neben Standards auch eigenes Material. Invitados (eingeladene Gastmusiker) des Spektakulums waren unter anderem der Querflötist Orlando Valle Maraca und die hinreißende Stimmkrobin Zule Guerra.

Am gleichen Ort fand das denkwürdige 45minütige Konzert des Pianisten-Duos Ray Lema und Laurent de Wilde statt, das Auszüge ihrer zweiten gemeinsamen Produktion, des Albums „Wheels“ (auf Spanisch „Ruedas“) bot – ein Auftritt, über den Ana María Domínguez Cruz für La Jiribilla einen wunderbaren Beitrag schrieb. Das Intro liest sich lakonisch so: „Räder. Sie bewegen Fahrräder, Autos, Omnibusse. Um Maschinen in Gang zu setzen, erfordern sie große Präzision, Fingerspitzengefühl und eine perfekte Verzahnung. Wenn sie in musikalischer Materie zum Einsatz kommen, müssen sie in ebensolcher Weise aufeinander abgestimmt sein. Wenn das gelingt, ist das Resultat außerordentlich: Räder, die nicht laufen, sondern – paradoxerweise – fliegen.“ Der Multi-Instrumentalist und Komponist Lema aus dem Kongo und der französische Pianist und Komponist

de Wilde beziehen die Faszination, die sie ausüben, aber außerdem aus ihrer völligen Verschiedenheit im Gestus. Der Kongolese „entspannt seine Arme zwischen den Stücken, und seine einzigartige Spielweise veranlasst ihn, seinen Körper nicht über die elementaren Millimeter physischen Vergnügens eines Menschen, der viszeral ist, hinaus zu bewegen. Er ist ruhig, zurückhaltend, innehaltend. Ganz anders der Franzose: sozusagen tanzend im Sitzen auf seinem Flügelbänkchen, die Tasten durchpflügend, vital, extrovertiert.“ Aber gleichwohl gilt: „Gemeinsam, zwischen Blicken und unsichtbaren Absprachen während der Darbietungen, genossen sie ihre Performance in Havanna.“ An jenem Abend bildeten nur die beiden Pianofortes das Bühnenszenario und der Tastendialog der Virtuosen funktionierte „mit dem Lächeln von Laurent und der vergnügten Ernsthaftigkeit von Lema“.

Später am Abend kam in diesem Saal noch Joaquín Betancourt mit seiner JoJazz Band zum Einsatz („jo“ kurz für „joven“ – jung). Betancourt, ausgezeichnet mit dem Nationalen Musikpreis 2019, wandte sich an das Publikum: „Zwei Jahre, in denen keine Auftritte möglich waren, haben wir diese, wie auch euch, vermisst.“ Neben Auswahlstücken ihrer Disc „Mambazo“ brachten sie auch manches zu Gehör, das speziell für diese Gelegenheit arrangiert worden war. Eines davon war „Iko Iko“ des US-Saxophonisten Big Chief Donald Harrison, der leider nicht an dem traditionsreichen Event teilnehmen konnte, da sein Flug zu denjenigen gehörte, die wegen COVID-19 gecancelled wurden. Aber die Jazz-Enthusiasten im Teatro Nacional bekamen die Nummer eben doch noch geboten, dank der genialen Interpretation durch Betancourts Gruppe. Und da wir in

elektronisch modernen Zeiten leben, wird der Live-Gig aus Havana auch dem Jazzmusiker aus New Orleans nicht vorenthalten geblieben sein.

„Der Jazz, der von den Kanarischen Inseln kommt“ titelt, ebenso für La Jiribilla, Liannet Gómez Abraham. GBP nennt sich ein ungewöhnliches Trio. Chano Gil, Yul Ballesteros und Paco Perera setzen Trompete, Gitarre und Kontrabass ein. Ohne Schlagzeug, ohne Percussion Rhythmus zu erzeugen, das ist eine echte Herausforderung. „Kuba und die Kanarischen Inseln sind ein und dasselbe Herz und der Son wird auch in Spanien gesungen. Wir haben starke kulturelle Bande, und Canaria ist sehr eng mit dem Diskurs und der Tradition hier verknüpft“, sagt Perera im Interview. „Was uns am meisten beeindruckt hat, sind die Leute. Man verliebt sich regelrecht in ihren Spirit, ihre Fröhlichkeit“, meint Ballesteros. Das Trio ist offen für jegliche Kooperation mit kubanischen Musikern. Gerne würden sie mit dem Orchester Aragón oder dem Pianisten Dayramir González arbeiten. „Würden Sie auch bei einer neuen Ausgabe von „Jazz Plaza“ dabei sein wollen?“ Die drei lachen: „Aber klar! Wo können wir uns anmelden?“

Der Kontakt mit Virginia Guantanamera kam über ihre Teilnahme am Ersten Kulturfestival von im Ausland lebenden Kubanern zustande, für das unter dem Motto „Cuba va conmigo“ (Kuba ist bei mir) das Kulturministerium sowie das Außenministerium der Insel Pate standen. Ihre Großeltern stammen aus Las Palmas, Gran Canaria, und sie selbst lebt seit etlichen Jahren dort. Wer sie schon einmal auf der Bühne erlebt hat, weiß, dass sie sehr vielseitig ist. Von daher ist es schwierig, sie in eine Schublade zu stecken. „Heute fusioniert sich einfach alles“, sagt sie selbst und fügt

hinzu: „Der Jazz ist ein freies und offenes Genre, in dem heute viele Stile und Strömungen ihren Platz haben. In dieser Vielfalt finde ich eine Verschmelzung zwischen kubanischer Musik und Jazz.“ Als ihre bevorzugten Referenzmusiker nennt sie Chucho Valdés und Irakere, ist aber auch sehr zuversichtlich, was kommende Talente angeht. „Das Renommee kubanischer Musik ist weltweit garantiert“, sagt sie überzeugt. Sie hat keine Zweifel, dass Jazz eine Evolution mitgemacht hat: „Die derzeitigen Interpreten haben das Erbe jener angenommen, die sich früher im Latin Jazz tummelten.“ Sie bekundet, gern auch mal zu anderen Gelegenheiten auftreten zu wollen, aber „Jazz Plaza“ sei schon ein besonderer Anlass, nach Kuba zurückzukehren.

Das große Finale des knapp einwöchigen (und in diesem Beitrag nur lückenhaft gewürdigten) Jazzfestes hatte ursprünglich open air, nämlich auf La Punta an der Hafeneinfahrt Havananas, stattfinden sollen. Da man aber befürchtete, dass sich die sintflutartigen Regenfälle des Vorabends wiederholen könnten, wick man, um auf Nummer Sicher zu gehen, an jenem Sonntagabend auf die Sala Covarrubias des Nationaltheaters aus. In Anwesenheit des kubanischen Präsidenten Miguel Díaz-Canel bestritt Ignacio „Nachito“ Herrera, der das Jazz Plaza 2022 ja bereits eröffnet hatte, die Abschlussgala: das Konzert „Cuba vive“. Gemeinsam mit dem Orchester Habana Jazz, mit den Nationalen Symphonikern, dem Chor Entrevoces und der studentischen Jazzband des Konservatoriums Amadeo Roldan begeisterte er noch einmal sein Publikum in einem Auftritt, der, wie Pedro de la Hoz zusammenfasste, „den Triumph der Musik, der Solidarität und der erhabensten menschlichen Werte besiegelte“.

Ein etwas ausuferndes Postskriptum zum Artikel: Nach 20 Jahren in den Vereinigten Staaten, und dort in einer Region, in der in dieser Jahreszeit mehr Schneemassen sein Haus heimsuchen, als einem Kubaner lieb sein kann, kehrte Nachito Herrera für begrenzte Zeit in seine Heimat zurück, und zwar nicht nur, um als Musiker rauschenden Beifall einzuholen. Er machte auch Ausflüge in die Vergangenheit: etwa, als er das Konservatorium Amadeo Roldán besuchte, das Institut, in dem er als junger Mann die Kunst des Klavierspielens erlernte, und er stand, einigermaßen fassungslos, wie er Sergio Félix González Murguía von der Juventud Rebelde gegenüber zugab, vor jenem Instrument, auf dem er es damals zur Meisterschaft gebracht hatte. „Dieses >Estonia< ist immer noch dasselbe Piano, auf dem ich damals vorgespielt habe. Es gibt da drei Stufen: elementar, mittel und superior“. Und um von der einen zur nächsten zu gelangen, so berichtet er weiter, hätten Zwischenexamina abgelegt werden müssen. Nach quasi einer halben Ewigkeit immer noch Relikte seines früheren Lebens vorzufinden, die er sehen und anfassen kann, muss jemanden, der in einem so gnadenlos umschlagkräftigen Land wie den USA lebt, wohl seltsam berühren. Zusammen mit Aurora, seiner Frau, und mehreren Freunden aus verschiedenen Bundesstaaten transportierte er nicht nur die bereits erwähnten Hilfsgüter für ein blockiertes Land, sondern auch eine Botschaft, die ihn seine Karriere gelehrt hat: „Es ist eine harte Laufbahn, eine, die Opfer verlangt, die dir aber auch etwas zurückgibt, denn die Sprache der Musik beherrschen zu können, die mir ermöglicht zu eilen, zu versammeln und niemals zu trennen, ist großartig und bereichernd.“

Für eine Lösung, die die Sicherheit und Souveränität aller garantiert

Erklärung der revolutionären Regierung Kubas zur Lage in der Ukraine

Die Entschlossenheit der USA, die schrittweise Erweiterung der NATO in Richtung der Grenzen der Russischen Föderation fortzusetzen, hat zu einem Szenario mit unvorhersehbaren Folgen geführt, das hätte vermieden werden können.

Die militärischen Vorstöße der Vereinigten Staaten und der NATO in den letzten Monaten in an Russland angrenzende Regionen, denen die Lieferung moderner Waffen an die Ukraine vorausging, sind allgemein bekannt und laufen auf eine fortschreitende militärische Einkreisung hinaus.

Es ist nicht möglich, die derzeitige Situation in der Ukraine mit Sorgfalt und Ehrlichkeit zu untersuchen, ohne die berechtigten Ansprüche der Russischen Föderation gegenüber den Vereinigten Staaten und der NATO sowie die Faktoren eingehend zu bewerten, die zur Anwendung von Gewalt und zur Nichtbeachtung von Rechtsgrundsätzen und internationalen Normen geführt haben, die Kuba mit Nachdruck unterstützt und die insbesondere für kleine Länder eine wesentliche Referenz gegen Hegemonismus, Machtmissbrauch und Ungerechtigkeit darstellen.

Kuba ist ein Verfechter des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet, die stets den Frieden verteidigt und die Anwendung oder Androhung von Gewalt gegen jeden Staat ablehnt.

Wir bedauern zutiefst den Verlust von unschuldigen Menschenleben in der Ukraine. Das kubanische Volk hatte und hat weiterhin eine enge Beziehung zum ukrainischen Volk.

Die Geschichte wird die US-Regierung für die Folgen einer zunehmend offensiven Militärdoktrin außerhalb der NATO-Grenzen zur Rechenschaft ziehen, die den internationalen Frieden, die Sicherheit und die Stabilität gefährdet. Unsere Besorgnis wird durch die jüngste Entscheidung der NATO verstärkt, zum ersten Mal die Eingreiftruppe des Bündnisses zu aktivieren.

Es war ein Fehler, jahrzehntelang die begründeten Forderungen Russlands nach Sicherheitsgarantien zu ignorieren und anzunehmen, dass Russland eine direkte Bedrohung seiner nationalen Sicherheit wehrlos hinnehmen würde. Russland hat das Recht, sich zu verteidigen. Frieden kann nicht erreicht werden, indem Staaten eingekreist und eingekesselt werden.

Der Resolutionsentwurf zur Lage in der Ukraine, der am 25. Februar im Sicherheitsrat nicht angenommen wurde und der Generalversammlung vorgelegt werden soll, war nicht als wirklicher Beitrag zur Lösung der aktuellen Krise gedacht. Im Gegenteil, es handelt sich um einen unausgewogenen Text, der nicht die berechtigten Anliegen aller Beteiligten berücksichtigt. Er erkennt auch nicht die Verantwortung derjenigen an, die die aggressiven Aktionen, die zur Eskalation dieses Konflikts geführt haben, angestiftet oder durchgeführt haben.

Wir treten für eine ernsthafte, konstruktive und realistische diplomatische Lösung der gegenwärtigen Krise in Europa mit friedlichen Mitteln ein, die die Sicherheit und Souveränität aller sowie den regionalen und internationalen Frieden, die Stabilität und die Sicherheit gewährleistet.

Kuba lehnt Heuchelei und Doppelmoral ab. Es sei daran erinnert, dass die Vereinigten Staaten und die NATO 1999 eine große Aggression gegen Jugoslawien unternommen haben, ein europäisches Land, das sie in Verfolgung ihrer geopolitischen Ziele unter Missachtung der UN-Charta und unter hohem Einsatz von Menschenleben zerschlagen haben. Die Vereinigten Staaten und einige Verbündete haben bereits mehrfach Gewalt angewendet. Sie sind in souveräne Staaten eingedrungen, um einen Regimewechsel herbeizuführen und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen einzumischen, die sich nicht ihren Herrschaftsinteressen beugen und ihre territoriale Integrität und Unabhängigkeit verteidigen. Sie sind auch verantwortlich für den Tod von hunderttausenden von Zivilisten, die sie als „Kollateralschäden“ bezeichnen, für Millionen von Vertriebenen und für riesige Zerstörungen in der gesamten Geographie unseres Planeten als Ergebnis ihrer räuberischen Kriege.

Havanna, 26. Februar 2022
Außenministerium der Republik Kuba



Augsburg: Franz Egeter,
Berliner Allee 22 B, 86153 Augsburg
E-mail: augsburg@fgbrdkuba.de

Berlin: Jan Schulze-Husmann,
E-mail: berlin@fgbrdkuba.de
Homepage: www.fgbrdkuba-berlin.de

Bonn: Luiz Fernando Moser,
Lengsdorfer Straße 35, 53127 Bonn

E-mail: goettingen@fgbrdkuba.de
Homepage: www.fgbrdkuba.de/goettingen

Hamburg: Wolfgang Mix,
Holstenplatz 10, 22765 Hamburg
E-mail: hamburg@fgbrdkuba.de

Idar-Oberstein: Karin Gottlieb,
Frinkenstraße 9, 55743 Idar-Oberstein

Karlsruhe: Roland Armbruster,
Wilhelmstr. 85, 76137 Karlsruhe
E-mail: Roland.Armbruster@t-online.de

Koblenz: Robert Peiter,
Friedrichstr. 7, 56333 Winningen

Köln: Dieter Hehr, Wichterichstr. 34, 50937 Köln,
E-Mail: dieter.hehr@koeln.de

Mainz: Tobias Kriele, Lauterenstr. 28, 55116 Mainz
E-mail: mainz@fgbrdkuba.de

Mannheim/Rhein-Neckar: Barbara Caroli-Buch,
Gneisenastr. 18, 68259 Mannheim
E-mail: barbara@muellerweb.de

München/Südbayern: Werner Ströhlein,
Knorrstraße 83 a, 80807 München
E-mail: stroehlein-sanchez@t-online.de

Nürnberg: Marianne Schweinesbein,
Sielstr. 6, 90429 Nürnberg
E-mail: schweinesbein@t-online.de

Regensburg: Bernhard Ostermeier,
Mariaorterstr. 9, 93161 Sinzing
E-mail: bernhard.ostermeier@web.de

Saarbrücken: Volker Jung,
Ottweiler Str. 4, 66113 Saarbrücken

Stuttgart: Reiner Hofmann,
Rohrdommelweg 6, 70378 Stuttgart
E-mail: Reiner_Hofmann@t-online.de
Homepage: www.fgbrdkuba.de/stuttgart

Tübingen: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.,
Regionalgruppe Tübingen, Postfach 02 63,
72103 Rottenburg am Neckar
E-mail: tuebingen@fgbrdkuba.de

Würzburg: Michael Meyer,
Rückertstr. 7, 97072 Würzburg
E-mail: cubasoli@onlinehome.de

regionalgruppen und lokale ansprechpartner/innen

E-mail: lfernandomoser@gmail.com
Homepage: www.fgbrdkuba.de/bonn

Bremen: Elka Pralle, Friesenstr. 109, 28203 Bremen
E-mail: Elka.Pralle@gmx.de

Duisburg/Mülheim/Oberhausen:
Richard Höhmann-Rölle und Silvia Rölle
E-mail: kuba@hoehmann-roelle.de

Düsseldorf: Jürgen Kelle,
Sistenichstraße 3, 40597 Düsseldorf
E-mail: duesseldorf@fgbrdkuba.de

Erfurt/Eisenach: Roland Wanitschka,
PF 1144, 99801 Eisenach
E-mail: roland.wanitschka@web.de

Essen: Carola Wollweber
E-mail: fg-essen@outlook.de

Frankfurt a.M.: Willi Gerhard,
Anne-Frank-Str. 3, 60433 Frankfurt
E-mail: frankfurt@fgbrdkuba.de
Homepage: www.fgbrdkuba.de/frankfurt

Freiburg: Carmen Giesin,
Weinbergstr. 6, 79111 Freiburg
E-mail: carmengiesin@gmx.de

Gelsenkirchen: Christa Grewe,
Festweg 12, 45886 Gelsenkirchen
E-mail: grewechr@aol.com

Gießen: Erika Beltz,
Diezstraße 7, 35390 Gießen
eumbeltz@aol.com

Göttingen: Gunnar Siebecke,
Harzstr. 13, 37081 Göttingen

Lieferbare Materialien

Gruppen der FG BRD - KUBA e.V.
erhalten 30 Prozent Rabatt,
15 Prozent auf Bücher und Zeitschriften

	Preis
Pins, Feuerzeuge, Schlüsselanhänger, Aufkleber	
Pin mit Che-Porträt, rot-schwarz, rund, 2 cm	2,00 €
Pin Kubaflagge, farbig, 1 x 2 cm	2,00 €
Freundschaftspin Flaggen BRD-Kuba, farbig, ca. 1 x 3 cm	2,50 €
Feuerzeug mit Che-Motiv, verschiedene Farben und Feuerzeug „Havanna“	1,50 €
Schlüsselband mit Karabinerhaken, rot mit Che-Aufdruck, ca. 90 x 2 cm	2,50 €
Schlüsselband mit Karabinerhaken weiß, Flaggenaufdruck BRD - Kuba farbig, ca. 90x2 cm	2,50 €
Aufkleber m. Che-Motiv, rund, rot-schwarz, 5 cm	0,60 €
Aufkleber Kubaflagge, 9 x 7 cm	1,00 €
Aufkleber „No Más Bloqueo“	0,20 €
Fahnen, Textilien	
Kubafahne, 90 x 150 cm, m. Ösen	10,00 €
Kubafahne m. Che-Motiv, 90x150 cm	10,00 €
Fahne M-26-07, 90 x 150 cm	17,00 €
Che-Baretts, schwarz/ olivgrün wendbar	12,00 €
Bücher	
Volker Hermsdorf: Fidel Castro (2018)	9,90 €
Volker Hermsdorf, Paula Klattenhoff u.a. (Hrsg.): Kuba im Wandel (2017)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Havanna. Kultur - Politik - Wirtschaft (2015)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Raul Castro – Ein Leben für die Revolution (2016)	16,00 €
Volker Hermsdorf: Kuba – Aufbruch oder Abbruch? (2016)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Die Kubanische Revolution – Basiswissen (2015)	9,90 €
Volker Hermsdorf, Hans Modrow: Amboss oder Hammer. Gespräche über Kuba (2015)	16,00 €
H.C. Morales: Ein Gespräch unter Freunden. 56 Fragen an Heinz Langer (2014)	7,00 €
H.W. Hammer / F. Schwitalla: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker. 20 Jahre Netzwerk Cuba e.V. (2013)	12,00 €
Raúl Capote: Der andere Mann in Havanna (2019)	15,00 €
H. Langer: Mit Bedacht, aber ohne Pause. Zur Entwicklung in Kuba (2011)	10,00 €
H. Langer: Zärtlichkeit der Völker - die DDR und Kuba (2010)	9,50 €
André Scheer: Che Guevara, Basiswissen	9,90 €
E. Panitz: Comandante Che – Biographische Skizze (Neuaufgabe)	10,00 €

	Preis
R. + U. Fausten: Helden der freien Welt – Dissidenten in Kuba (2007)	5,00 €
E.F. Fürntratt-Kloep: Unsere Herren seid Ihr nicht! Das politische Vermächtnis des Fidel Castro	10,00 €
H.C. Ospina: Im Zeichen der Fledermaus – Die Rum-Dynastie Barcardie (2006)	5,00 €
Wolfgang Mix: Kubas Internationalismus, Angola 1975–1991	10,00 €
Paco Ignacio Taibo II: CHE – die Biographie des Ernesto Guervara	28,00 €
mediCuba-Suisse (Hrsg.): Kuba macht es vor; Solidarisch für das Recht auf Gesundheit weltweit	18,80 €
Jürgen Kupfer: Kubas Weg zur kostenlosen Bildung für alle (2018)	17,95 €
Das trikontinentale Solidaritätsplakat; reduzierte Restexemplare 70,- €,- statt 150,- €	70,00 €

CD / DVD

CD „Música y Revolución“	5,00 €
DVD „Wo der Himmel aufgeht“, Dokumentarfilm Kuba/ BRD 2018, 45 Minuten, Deutsch/ Spanisch mit Untertiteln	12,00 €
DVD „Zucker und Salz“ – Rückblick vier kubanischer Freundinnen auf 50 Jahre Revolution (OmU)	10,00 €
DVD „Die Kraft der Schwachen“ – Leben und Entwicklung eines Behinderten auf Kuba (OmU) z. Zt. nicht lieferbar	10,00 €
DVD „Wege der Revolution – Fidel Castro“ (OmU)	7,00 €

Zeitschriften / Zeitungen

Cuba Libre – Zeitschrift der FG BRD-Kuba e.V.	
Einzelpreis	3,50 €
Jahresabo (4 Ausgaben)	12,50 €
Bezug für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten Kostenlose Zusendung eines Probe-Exemplars	
Granma Internacional	
Zeitung für Kuba und Lateinamerika	
Erscheinungsweise monatlich – spanische oder englische Ausgabe – Jahresabo	
	45,00 €
Granma Internacional	
Zeitung für Kuba und Lateinamerika	
deutsche Ausgabe – monatlich – Jahresabo	
	18,00 €
seit 1. 1. 2017 über Verlag 8. Mai	

Verleih von Spielfilmen und politischen Filmen aus Kuba und Lateinamerika auf Anfrage

FG BRD-Kuba e.V.
Maybachstr. 159, 50670 Köln
Tel.: 0221 – 2 40 51 20 • Fax: 0221 – 6 06 00 80
info@fgbrdkuba.de
Alle Preise plus Porto und Verpackung
Vorauszahlung vorbehalten

Politischer Dialog und Zusammenarbeit mit Kuba? Der Kampf auf EU-Ebene geht weiter

Von Brigitte Schiffler

Bleibt DIE LINKE eine Friedenspartei? Überlebt sie als sozialistische Partei? Darüber ist eine vehemente Diskussion in der Partei DIE LINKE entstanden. Vor allem über Medien werden Grundpositionen, die im Erfurter Programm festgehalten sind, in Frage gestellt. Einige fordern immer unverfrorener eine Abkehr von der Verteidigung der Länder, die für eine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsform stehen, wie Kuba. Dagegen formiert sich Widerstand und es werden weitreichende Folgen bis hin zum Niedergang der Partei benannt: „Das Scheitern unserer Partei hätte zudem fatale Auswirkungen auf die Partei der Europäischen Linken sowie auf andere linke Parteien“, heißt es in einer Stellungnahme der AG Cuba sí.

Wulf Gallert, im Geschäftsführenden Parteivorstand und stellvertretender Vorsitzender der internationalen Kommission, verstieg sich im ND vom 4. Januar sogar zu der Aussage, dass das Beharren auf dem Erfurter Programm eine adäquate Positionierung verhindere und verwies auf Menschenrechte.

Mit Beschämung und Empörung haben in den letzten Jahren Mitglieder in der Partei DIE LINKE und internationalistische und Solidaritätsorganisationen das Abstimmungsverhalten von deutschen Abgeordneten der linken europäischen Partei GUE/NGL gegen Kuba kritisiert. Die Mehrheit dieser Abgeordneten hat für Anträge, die von rechten und teilweise von bekennenden faschistischen Abgeordneten zur Einhaltung von Menschenrechten eingebracht worden sind, gestimmt oder haben sich enthalten.

Eu-Parlament und Menschenrechte in Kuba

Was Menschenrechte betrifft: sie werden gegenüber dem kubanischen Volk in einem unfassbaren Ausmaß mit der Blockade seit 60 Jahren verletzt. Und immer, wenn dieses unmenschliche System der Wirtschaftssanktionen von den Vereinten Nationen mit überwältigender Mehrheit verurteilt wurde, gab es im Europaparlament Anträge, Kuba wegen angeblicher Verletzung von Menschenrechten zu verurteilen. Bei diesen Anträgen ging es stets darum, dass die eigentliche Menschenrechtsverletzung gegenüber Kuba kein Thema wird.

Die Blockade der USA wurde vor genau 60 Jahren von John F. Kennedy erlassen, am 2. Februar und am 23. März 1962. Sie sollte Hunger, Elend und Verzweiflung erzeugen und so zum Sturz der Regierung beitragen. Sie wirkte sich allerdings erst in den 90er Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fatal auf die Entwicklung Kubas aus, als Kuba neue Handelspartner brauchte und in den USA die Vorstellung vorherrschte, man könne Kuba jetzt den Todesstoß versetzen.

Die EU reagierte mit Doppelmoral. Einerseits wollte sie sich die Geschäfte mit Kuba nicht einfach verbieten lassen und erließ 1992 die Verordnung (EG) Nr. 2271/96, um seine Bürger und Unternehmen vor den Auswirkungen der von einem Drittland erlassenen Rechtsakte zu schützen. Sie verzichtete allerdings darauf, wie angekündigt vor der WTO zu klagen, weil die USA das als Angriff auf ihre nationale Sicherheit angesehen hätte.

Andererseits setzte die Mehrheit im europäischen Parlament eine Annäherung an die Politik der

USA durch, indem sie im gleichen Jahr einen „Gemeinsamen Standpunkt“ gegenüber Kuba formulierten, den es gegenüber keinem anderen Land gab. Man forderten einen Systemwechsel und legte gegenüber Kuba eine außerordentliche Härte an den Tag, eine „Blockade light“. Als Dank dafür ließen die US-Präsidenten die beiden Artikel des Blockade-Gesetzes, die eine Anklage in den USA wegen des Anspruchs auf enteignetes Vermögen ermöglichten, jährlich außer Kraft setzen.

Seitdem gab es im Europäischen Parlament den Kampf um und gegen die Aufhebung des „Gemeinsamen Standpunktes“ und um und gegen ein neues Abkommen, das eine Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe ermöglichen würde.

Seit 2003 verhängte das EU-Parlament sogar Sanktionen gegen Kuba. Das Land hatte 75 „Dissidenten“ festgenommen wegen nachgewiesener, vom Ausland finanzierten Umsturzpläne, die das Land in Gefahr brachten. Die Nadelstiche im europäischen Parlament gingen weiter. 2002 verlieh die EU den Sacharow-Preis an einen kubanische Regimegegner und 2005 an die „Damen in Weiß“. Der italienische Machthaber Berlusconi prüfte die Möglichkeit, ob man nicht auch von Europa aus ein Embargo auferlegen könnte. Als die Sanktionen 2005 aufgehoben werden sollten, versuchte die konservative Mehrheit, das zu verhindern und ließ am 2. Februar 2006 eine Resolution über angebliche Menschenrechtsverletzungen abstimmen– dieses Mal wegen der nicht gestatteten Ausreisemöglichkeiten für die Damen in Weiß sowie des Preisträgers von 2002 zum Empfang des Sacharow-Preises. Und sie schafften es,



Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Bundestag unterstützen die Aktion Unblock Cuba für ein Ende der US-Blockade gegen Kuba: Kathrin Vogler, Andrej Hunko, Eva-Maria Schreiber, Diether Dehm, Sevim Dagdelen, Heike Hänsel und Jörg Cezanne (v.l.n.r.).
Foto: Cuba Si

dass die kleine linke Fraktion völlig zerstritten war. Drei der deutschen von der PDS gewählten Abgeordneten stimmten für die Resolution (André Brie, Helmuth Markov, Gabi Zimmer), zwei enthielten sich, stimmten aber später einer gemeinsamen Erklärung mit den drei Befürwortern zu. Als Gründe gaben sie an: Man müsse Menschenrechte nicht nur beim politischen Gegner, sondern auch beim politischen Freund einfordern. Sie hätten mit den anderen Fraktionen um Kompromisse verhandelt und sie wollten Partner für die anderen Fraktionen bleiben. Die Verweigerung der Ausreise könne angesichts der eigenen Erfahrungen nicht kritiklos toleriert werden.

Debatte in der PDS/ Linkspartei

Der Parteivorstand erklärte Ende Februar seine „Solidarität mit Kuba“ und dass die Zustimmung zu dem Antrag im Europaparlament nicht der Position der Linkspartei/PDS entspräche.

Die damals aufgeworfenen Fragen bestimmen auch heute noch

die Debatte: Ist die kubanische Politik gleichzusetzen mit der untergegangenen UdSSR und der DDR? Ist Kuba ein „Unrechtsstaat“ und eine Diktatur oder hat das Volk die Macht und werden individuelle Freiheitsrechte geachtet? Wie darf ein Land, das eine neue sozialistische Gesellschaft errichten will, mit Gegnern umgehen, die das mit Gewalt verhindern wollen? 2006 schrieb Edgar Göll: „Jedes Land auf diesem Planeten schützt seine Existenz gegen ausländische Feinde – Kuba darf es allem Anschein nach nicht (während unser dicker Freund USA ein Land nach dem anderen blindwütig aushungert, erpresst, besetzt und bombadiert).“

Tobias Pflüger nahm an der Abstimmung nicht teil, weil er als Redner auf der Alternativkonferenz zur NATO-Sicherheitskonferenz war. Lediglich Sahra Wagenknecht stimmte gegen den Antrag. Sie war im Jahr davor im Oktober 2005 in Kuba und hatte die Schlussfolgerung gezogen: „Was Kuba erreicht und geleistet hat, darf nicht aufs Spiel gesetzt

werden!“ Im Januar 2008 nannte sie die EU-Politik auf einem Jungentreffen der VVN ein Selbstbeweihräucherungsprogramm und setzte sich in ihrer Rede mit der Argumentation, Menschenrechte müssten auch beim politischen Freund eingefordert werden, auseinander.

„Alles in allem lässt sich sagen, dass die EU ihre Menschenrechtspolitik schlicht in den Dienst ihrer globalen Einflusspolitik stellt. Ein selbstkritischer Umgang mit der eigenen Rolle, eine ernstzunehmende Auseinandersetzung mit grundlegenden menschenrechtspolitischen Problemfeldern und dem eigenen Agieren im internationalen Umfeld, eine Reflexion der gravierenden Verstöße innerhalb der EU oder aufgrund von Aktivitäten der EU, ist und bleibt Fehl-anzeige.“

EU-Politik nach der Amtsübernahme durch Raul Castro

2008 wurde Raúl Castro zum Vorsitzenden des Staatsrats gewählt. Da beendete die EU ihre Sanktio-

nen gegenüber Kuba. Aber erst die veränderte Strategie Barack Obamas gegenüber Kuba seit 2009 ermöglichte es, eine Ablösung des „Gemeinsamen Standpunkts“ in Erwägung zu ziehen. Auch Hillary Clinton wurde in mehreren Medien mit den Worten zitiert, die Blockade sei „Castros bester Freund“ und „nicht länger nützlich für die amerikanischen Interessen oder um einen Systemwechsel auf der kommunistischen Insel herbeizuführen“. Der Regimechange blieb weiterhin das Ziel, die Blockade blieb, aber es fanden jetzt eine Politik der Annäherung und Gespräche statt. Das hatte Auswirkungen auf die europäische Politik gegenüber Kuba.

Ein Beschluss der EU im November 2012 sah vor, Gespräche mit Kuba aufzunehmen, um ein „Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit“ abzuschließen. Doch die Bundesrepublik setzte sich im EU-Ministerrat vehement dafür ein, den „Gemeinsamen Standpunkt“ beizubehalten. Dabei hatten viele EU-Länder bereits bilaterale Abkommen abgeschlossen. Am 2. Februar 2014 beschlossen dann die Außenminister der EU, Kuba Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen anzubieten. Im Juni empfing der damalige Außenminister Steinmeier als Ausgleich „Dissidenten“ in seinem Ministerium. 2014 erstarkte Kuba: Der kubanische größte Tiefseehafen der Karibik mit Containerterminal und eine Sonderwirtschaftszone bei Mariel wurden eröffnet, ein neues Gesetz über Auslandsinvestitionen in Kuba verabschiedet. Russlands Präsident Putin und der Präsident der Volksrepublik China Xi Jinping besuchten nacheinander im Juli 2014 Kuba. Die deutsche Industrie war in „Aufbruchstimmung“. 2015 reiste der damalige Außenminister Steinmeier, im Januar 2016 der Wirtschaftsminister Gabriel nach Havanna. Am 12. Dezember 2016, kurz nach dem Tod von Fidel, lös-

te dann das „Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit“ den „Gemeinsamen Standpunkt“ von 1996 ab. Es ist noch nicht ratifiziert und weiterhin ein Kampffeld geblieben.

Umkämpftes Abkommen

Das Abkommen sieht fünf Dialogrunden vor, die ab November 2017 jährlich beraten werden sollten. Die Dialogthemen sind einseitige Zwangsmaßnahmen (2019), Menschenrechte, die Agenda 2030 mit den Nachhaltigkeitszielen, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie Kontrolle konventioneller Waffen. 2019 tauschten sich Vertreter von Nichtregierungsorganisationen vor der Dialogrunde in einem Seminar über die Schäden aufgrund der US-Blockade und die Beeinträchtigung des Gesundheitssystem durch diese aus. Am 23. Januar 2021 fand der dritte Dialog im Rahmen des Abkommens, das offiziell „Political Dialogue and Cooperation Agreement“ (PDCA) heißt, statt.

In den letzten beiden Jahren ist der Kampf, ob der Dialog fortgeführt und die Beziehungen normalisiert werden sollen oder ob das Abkommen ausgesetzt wird, in aller Härte entbrannt – unter veränderten Bedingungen. Die Blockade wurde unter Trump nochmals verschärft: Durch eine Vielfalt neuer Sanktionen und zum ersten Mal durch Wirksamwerden der Absätze III und IV des Gesetzes von 1996. Europäer müssen seitdem um ihre Investitionen in Kuba durch US-Kläger fürchten. Außerdem wurde Kuba auf die Liste der Terrorstaaten gesetzt, was ungeheure Hindernisse bei Finanztransaktionen nach sich zieht. Hinzugekommen ist die weltweite Pandemie, durch die Kubas wichtige Deviseneinnahmenquellen wie der Tourismus wegbrechen. Als neuer Verstoß gegen Menschenrechte wird von Kubaegnern sogar der selbstlose Einsatz kubanischer Ärzte im Aus-

land als Sklavenhandel umgedeutet. In dieser Situation wäre eine Abschaffung der Blockade dringender denn je. Stattdessen wurde sie als neue Möglichkeit genutzt, Druck auszuüben und größtmöglichen Schaden bei der Bevölkerung Kubas zu verursachen.

2020/2021 ist es den USA mit viel Geld und mit Hilfe der Medien und konzentrierten Mailaktionen gelungen, ein neues Feld aufzutun, um Kuba angeblicher Verletzung von Menschenrechten anzuklagen: Eine kleine Gruppe von Leuten, die sich Künstler nennen und als „San-Isidro-Gruppe“ bekannt geworden ist, möchten sich als Opfer von Polizeiwillkür darstellen. „Nun haben sie in Cuba junge Leute in Lohn und Brot gesetzt, um einen regelrechten Kulturkrieg zu entfachen“, so das Netzwerk dazu.

Das hat den rechten Kräften im EU-Parlament neue Möglichkeiten gegeben, den Abbruch des Dialogs zwischen Brüssel und Havanna zu fordern „wegen der Existenz politischer Gefangener und willkürlicher Verhaftungen“. Im Juni 2021 brachten Abgeordnete von ultrarechten Parteien, die sich zum Teil offen zu faschistischen Positionen bekennen, eine Resolution ein, nach der Kuba die Existenz politischer Gefangene, willkürliche Verhaftungen, die Versklavung der medizinischen Brigaden im Ausland vorgeworfen werden. Da nutzte es auch nichts, dass der Hohe Vertreter für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik der europäischen Union, Josep Borrell, die Kritik und den Angriff auf die Dialogpolitik zurückwies: 85 % der Abgeordneten hätten für das neue Abkommen gestimmt und im Moment würde untersucht, ob es Möglichkeiten gibt, die Produktion von Impfstoffen gegen Covid 19 zu erhöhen auf der Grundlage wissenschaftlicher Fortschritte, die in Kuba gemacht wurden. Das EU-Parlament beschloss dann am 10. Juni

den „Entschließungsantrag zu den Menschenrechten und der politischen Lage in Kuba“. Da fand es in der Presse kaum noch Beachtung, dass am 23. Juni 2021 in der UN-Vollversammlung alle außer zwei Länder für ein Ende der Blockade gegen Kuba votierten.

USA versuchen Regimechange zu inszenieren – EU sekundiert

Am 11. Juli fanden im ganzen Land, teilweise aus dem Ausland organisiert, über die sozialen Medien und von CIA-kontrollierten Kommunikationsplattformen angestiftet, Aktionen und Märsche statt, die den Versuch eines sanften Staatsstreiches darstellten und die größte Herausforderung für die Revolution in jüngster Zeit war. Dabei kam es auch zu Gewalttaten und Gesetzesverstößen von seiten der Demonstranten und entsprechenden Verhaftungen. Ein Medienkrieg entbrannte. In zahlreichen Medien erschienen Falschmeldungen zu Festgenommenen oder vermeintlich „Verschwundenen“. (Cuba Libre berichtete). Wieder wurde im Europaparlament ein ideologisch aufgeladener Schlagabtausch inszeniert, bei dem sich die Antragsteller ausschließlich auf Äußerungen und Quellen aus den USA bezogen. Die rechten Antragsteller setzten am 16. September eine Entschließung durch, die die „Gewalt und Repression nach den Protesten vom 11. Juli“ mit 426 Ja-Stimmen bei 146 Gegenstimmen und 115 Enthaltungen verurteilten.

Schon zuvor war es 16 konservativen Abgeordneten gelungen, den EU-Außenbeauftragte Josep Borrell dazu zu bewegen, den Botschafter der EU in Kuba, Alberto Navarro, wegen seiner Verurteilung der Sanktionen gegen Kuba und seiner Weigerung, Kuba als Diktatur zu bezeichnen, einzubestellen. Mitte Juli gab er seinen Posten auf und die portugiesische Diplomatin Isabel Brilhante Pedrosa, die im Feb-

ruar aufgrund der von der EU verhängten Sanktionen aus Venezuela ausgewiesen wurde, wurde seine Nachfolgerin in Havanna.

Am 15. November, als Kuba erstmals seit Beginn der Corona-Maßnahmen die Öffnung für den Tourismus und die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts bekanntgab, gab es erneut Ankündigungen

der Kubagegner, eine Destabilisierung Kubas zu organisieren. Das scheiterte gründlich. Und löste in den deutschen Medien eine Debatte aus mit dem Tenor, nicht jede oppositionelle Bewegung sei als US-amerikanische Konterrevolution zu brandmarken. Die TAZ war gar der Auffassung, dass die kubanischen „Staatsmedien“ „eine bei-

Anzeige

Granma Internacional bestellen!
 Monatlich authentische Informationen aus Kuba – in deutscher Sprache

• unter www.jungewelt.de/granma
 • per Abotelefon: 0 30/53 63 55-80/-81/-82
 • oder nutzen Sie untenstehenden Coupon
 Einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH/Granma, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48.

Ja, ich bestelle die deutschsprachige Ausgabe der Zeitung Granma Internacional für mindestens ein Jahr.

Das Abo verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn ich es nicht sechs Wochen vor Ende des jeweiligen Liefer-/Rechnungsjahres (Poststempel) bei Ihnen kündige. Für Lieferungen ins Ausland werden 5,00€/Jahr Zusatzporto berechnet.

Frau Herr

Cuba Libre

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Land

Telefon/E-Mail

Ich bestelle das Normalabo (18 €/Jahr) Förderabo (33 €/Jahr)
 Das Abo bezahle ich per Rechnungslegung

Datum/Unterschrift

spiellose Propaganda-, Diffamierungs- und Repressionskampagne gegen friedliche Demonstranten initiiert hätten. Und die Unterstützung „im Kreise der linken und Menschenrechtsszene“ sei nichts weiter, als der primitive Antiimperialismus einer offenbar unbelehrbaren Linken, die lieber eine der letzten Stasi-Diktaturen unterstützt, als ihre Projektion vom aufrechten kubanischen David aufzugeben, der sich gegen den schrecklichen Goliath in Washington zur Wehr setzt.“

Bewegungslinke kapert Kubadiskussion im Parteivorstand der Linkspartei

Und wie verhielt sich die Partei Die Linke? Bereits am 23. Januar 2021, nach den ersten Meldungen über die San-Isidro-Proteste, fasste der Parteivorstand einen Beschluss, dem eine heftige Debatte vorangegangen war und der eine heftige Auseinandersetzung nach sich zog. In dem Beschluss hieß es: „Wir treten ein für eine Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstlerinnen und Künstlern sowie Aktivistinnen und Aktivisten zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft.“ Den neu gewählten Parteivorstand, in den viele junge sogenannte Bewegungslinke gewählt worden waren und viele vom linken Flügel nicht mehr, hatte die Debatte um Menschenrechte und Diktatur in Kuba erreicht. Die Unruhe, dass die Partei ihre Solidarität mit Kuba aufgibt, musste durch einen neuen Beschluss, in dem es hieß, dass in dem vorherigen nicht die San-Isidro-Bewegung gemeint sei, besänftigt werden. Das gelang nicht, denn es war kein Zurücknehmen, sondern ein Interpretationsversuch, der sofort die Frage aufwarf, wen und was denn der Parteivorstand unterstützen will und was er denn von der nicht gemeinten San-Isidro-Bewegung hält? Der Ältestenrat mutmaßte: Es könnte auch als ein Einverständnis und

ein Zugeständnis für eine angestrebte Identitätsveränderung als linke sozialistische Partei verstanden werden.

Kuba erneut im Fokus des EU-Parlaments

Und die Abgeordneten im Europäischen Parlament? Hier setzte der rechte Flügel und Rechtsextreme zum dritten Mal am 16. Dezember 2021 eine Debatte über die Situation in Kuba durch. Und sechs Abgeordnete der Fraktion The Left, mit 39 Abgeordneten die kleinste Fraktion, stimmten zu, dass die kubanische Regierung wegen des Verbots von Demonstrationen, willkürlichen Verhaftungen, Folter und Misshandlungen zu verurteilen sei. Aber kein Deutscher der linken Fraktion stimmte dafür. Seit 2019 haben Schirdewan, Scholz, Ernst (Cornelia), Demirel und Michels ein Abgeordnetenmandat. Die ersten vier nahmen an der Abstimmung teil und stimmten gegen die eingebrachten Anträge, aber zwei der Abgeordneten nicht bei allen 18 Abschnitten. Helmut Scholz stimmte dem § 7 zu, der besagte, den Sonderberichterstatern der Vereinten Nationen umgehend Zugang zum Land zu gewährleisten. Bei § 10, in dem Kuba aufgefordert wurde, sich auf einen demokratischen nationalen Prozess einzulassen und der kubanischen Bevölkerung Gehör zu verschaffen, hat er sich enthalten. Ebenso wie Cornelia Ernst, die sich auch bei § 7 enthielt und ebenso bei § 2 (anderer Umgang mit Sacharow-Preisträgern) und bei § 4 (faire Verfahren und Unabhängigkeit der Justiz).

Hier zeigt sich die Entfremdung beider gegenüber Kuba.

Was bedeutet das für die Politik der Linken im Europaparlament? Zum einen halte ich es für notwendig, dass sich die Partei DIE LINKE vom Applaus derjenigen distanziert, die das Verbrennen von Fahrzeugen, den Angriff auf Geschäfte und Gesund-

heitszentren und Straßensabotage, Beleidigungen und Hass als gerechtfertigten Kampf gegen eine „kommunistische Diktatur“ verstehen. Die Verhinderung und die juristische Ahndung von Straftaten dürfen nicht zur Anklage wegen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden. Davon müssten auch die anderen Mitglieder von The Left überzeugt werden. Es könnte dann sogar fraktionsübergreifend darüber ein Konsens erzielt werden und somit das Anliegen, mit anderen Parteien um Kompromisse zu ringen und Partner bleiben zu wollen, sogar auch einmal sinnvoll sein.

Zum anderen darf es den konservativen Kräften nicht gelingen, das Europa-Abkommen mit Kuba auf europäischer Ebene auf Eis zu legen. Es wird sich bei seiner Durchführung zeigen, bei wie vielen Themen Kuba nicht nur Zukunftskonzepte hat, sondern als Wissensgesellschaft und kollektive Gestaltungsmacht auch über einen reichhaltigen Erfahrungsschatz verfügt.

Noch viel wichtiger ist es für die Partei DIE LINKE, die wieder einmal darüber diskutiert, was eine sozialistische Gesellschaft ist, ob und wie man sie errichten kann und was das mit Marx zu tun hat, vorurteilslos die kubanische Gesellschaft wahrzunehmen.

„Das Beste, was wir haben, ist die Volksmacht“, sagte mir bei einer Delegationsreise ein Gewerkschaftsführer. Bei den Parlamentariern in Kuba bestimmen keine Parteien, wer das Land wie führen darf, sondern sie werden als Personen gewählt, die jederzeit auch wieder abgewählt werden können – durchaus eine Art Rätssystem.

Für die Strategiedebatte kann sich die Partei DIE LINKE durchaus die Worte von Diaz-Canel zum Vorbild nehmen: „Das Jahr 2021 war eine große Schule für all das, was wir nicht mehr weiter tun können und sollten, und für das, was wir alles tun können und müssen.“

Gesellschaft ohne Profitlogik

Kuba auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz

Von Marion Leonhardt

Positive Nachrichten sind selten in diesen Zeiten und es ist wichtig, einen Kompass zu haben, um die Orientierung nicht zu verlieren, sich nicht zu verlaufen. Ein leuchtendes Beispiel für progressive Kräfte in aller Welt ist Kuba. Die kleine rote Insel – die seit über 60 Jahren der unmenschlichen rechtswidrigen Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA trotz, seine Gesellschaft nach humanen Zielen weiter entwickelt und Unglaubliches auf dem Feld der internationalen Solidarität leistet – hat einen festen und wichtigen Platz auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz.

Der kubanische Botschafter, Ramón Ripoll Díaz, war in dieser Funktion letztmalig Gast der RLK, da er und seine Frau turnusgemäß nach Kuba zurückkehren. So oblag es Moderator Sebastian Carlens, ihm zur Verabschiedung für die wunderbare Zusammenarbeit zu danken und ihm einen Blumenstrauß sowie einen Kunstdruck mit dem jungen Marx und dem jungen Engels zu überreichen. Die *junge Welt* stehe auch wegen ihrer Solidarität mit Kuba im Verfassungsschutzbericht, aber die gute Zusammenarbeit gehe weiter, so Carlens. Auch die Solidaritätsbewegung wird den Botschafter und seine Frau vermissen, die immer in einem aktivem Austausch mit ihr standen.

Unblock Kuba

Miriam Näther gab einen Rückblick und Ausblick über die Unblock-Kuba-Kampagne. Sie konnte berichten, dass es trotz Corona vielfältige Aktionsformen – unter anderem eine tolle Fahrrademo in Berlin – gegeben habe. Im Frühjahr würden neue Aktionen stattfinden und man hoffe,

dass neue Mitstreiter einsteigen und man die Informationsblockade der bürgerliche Medien durchbreche.

Gesellschaft ohne Profitlogik

Rosario del Pilar Pentón Díaz, Rektorin der Hochschule der Kommunistischen Partei Kubas, aktiv im CDR, im Frauenverband und Gewerkschafterin, sprach über das Thema: „Widerstand organisieren: Arbeiten, Produzieren und Leben nach menschlichen Bedürfnissen statt nach Profitlogik“.

Schon Fidel Castro hatte am 1. Januar 1959, dem Tag des Sieges der Revolution, die bevorstehenden Mühen der Ebenen thematisiert. Daher sei auch der kubanische Sozialismus kein abgeschlossenes Projekt für die Zukunft. Vielmehr müsse das sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsprojekt ständig aktualisiert werden.

Pentón Díaz erläuterte zudem detailliert die wichtigsten Strategien und Voraussetzungen für den Erfolg dieser Entwicklung: „Innerhalb der politischen Führung der Kommunistischen Partei Kubas, in der sich die wichtigsten revolutionären Kräfte zum Zeitpunkt des Sieges der Revolution zusammenschlossen, gibt es vier Prämissen für die Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses: Die Einheit des Volkes als Subjekt der Macht; die konkrete historische Fähigkeit, den Kurs des Staates und der Gesellschaft als Ganzes zu lenken; die Schaffung neuer Grundlagen für die emanzipatorische Ideologie und die Autorität der politischen Kader, die die Massen zu den jeweiligen Zielen der einzelnen Etappen führen.“

Die Einheit des Volkes ist also ein wesentlicher Faktor und die



PCC die integrierende Kraft, um sie herzustellen, abzusichern und die Vielfalt seiner Interessen, Werte und Ziele rechtmäßig und demokratisch zu vertreten.

Es gibt eine führende Rolle der Jugend im neuen sozio-ökonomischen Modell. Ihre Aufgabe ist es, nach revolutionären Lösungen zu suchen. Immer geleitet vom Vertrauen in die Jugend, hatte Fidel Castro aber auch die Größe der Aufgabe klar umrissen: „Kapitalisten auszubilden ist nicht schwierig, es erfordert praktisch keine Arbeit; kommunistische Kader auszubilden erfordert hingegen Anstrengung, harte Arbeit und eine mühsame Auswahl all jener, die bei der Auswahl der Kader beteiligt sind“.

Den großen Unterschied zwischen kapitalistischen Gesellschaften und Kuba brachte Pentón Díaz am Beispiel Internationalismus auf den Punkt: „Internationalismus bedeutet, dass wir leisten, was wir der Menschheit schuldig sind.“ Auch die Entwicklung von zwei zugelassenen Impfstoffen sowie drei weiteren Impfstoffkandidaten zeige, wo die Prioritäten in Kuba liegen.

Ein Augenschein vor Ort

Die Errungenschaften des Sandinismus

Von Natalie Benelli

Anfang Januar 2022 nahm ich als Präsidentin von ALBA Suiza an der Amtseinssetzung von Daniel Ortega teil und hatte zudem die Gelegenheit, mir vor Ort einen Eindruck über die Errungenschaften der zweiten sandinistischen Regierung zu machen. Die Bilanz ist beeindruckend.

Präsident Daniel Ortega und Vizepräsidentin Rosario Murillo wurden am 10. Januar 2022 auf Managua Plaza de la Revolución in Anwesenheit von rund 8000 nationalen und internationalen Gästen für die neue Amtszeit eingesetzt. Neben den Präsidenten von Kuba, Venezuela und Honduras waren Regierungsvertreter und Regierungsvertreterinnen aus Indien, China, Russland, Iran, Westsahara, Palästina, Weissrussland, Vietnam, Laos und der Demokratischen Republik Korea anwesend. Die Sandinistische Jugend war stark präsent, ebenso die internationale Solidaritätsbewegung mit Delegationen aus den USA, Pana-

ma, Costa Rica und europäischen Ländern wie den Niederlanden, Belgien, Italien und der Schweiz.

Die Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) ging mit knapp 76% der Wählerstimmen als überragende Siegerin aus den Wahlen vom 7. November 2021 hervor. An der von indigenen Völkern bewohnten Atlantikküste holte sich die Sandinistische Bewegung sogar 83 Prozent der Wählerstimmen. Zu diesem überwältigenden Resultat hatte beigetragen, dass Ortegas Regierung im Zusammenhang mit dem Durchzug der Hurrikane Eta und Iota in der betroffenen Region vorbildliche Präventionsmassnahmen ge-

troffen und die Instandsetzung und den Wiederaufbau der beschädigten Infrastruktur rasch an die Hand genommen hatte.

Würdiges Wohnen und kreative Familienunternehmen

2014 wurde das Programm „Vivienda Digna“ (würdiges Wohnen) gestartet, mit dem im ganzen Land 50.000 Wohneinheiten samt dazugehöriger Infrastruktur für Menschen mit niedrigem Einkommen gebaut werden. Während meiner Reise hatte ich die Gelegenheit, das Wohnprojekt Bismarck Martínez zu besuchen, das Familien mit geringem Einkommen würdigen Wohnraum bietet. Dazu identifiziert die Regierung geeignete Landstücke, lässt die nötige Infrastruktur – Straßen, Wasserversorgung, Elektrizität, Beleuchtung, Anbindung an den öffentlichen Verkehr – und Häuser für durchschnittlich sechs

Fleischverkauf
Foto: Natalie Benelli



Personen bauen. Die monatliche Miete beträgt 40 USD (bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von rund 200 USD), nach 25 Jahren gehören das Haus und das Land, auf dem es steht, der Familie. Familien in Nicaragua werden ermutigt, aus ihrem Heim heraus kleine Familienbetriebe aufzubauen, indem sie z. Bsp. Essen zubereiten und verkaufen, Getränke anbieten, Kleider nähen, Möbel zimmern, Fahrräder reparieren, etc. Diese Kleinstunternehmen sind in Managuas Stadtbild sehr präsent. Sie bilden das eigentliche Rückgrat der Wirtschaft des Landes.

Beeindruckende Sozialbilanz

Die Bilanz der zweiten Sandinistischen Regierung, die seit 2007 wieder an der Macht ist, kann sich sehen lassen. Im Kampf gegen Armut wurde in den letzten 15 Jahren massiv in Sozialprogramme investiert. Zugang zu sauberem Trinkwasser ist in Nicaragua ein Menschenrecht. Bildung und Gesundheitsversorgung sind kostenlos. Im ganzen Land wurden Krankenhäuser gebaut und Gesundheitszentren eingerichtet, zudem sogenannte Casas maternas, in denen Schwangere betreut werden. Die Anzahl Ärztinnen und Ärzte stieg von 22.000 auf über 36.000, die Müttersterblichkeit ging um 67 Prozent, die Kindersterblichkeit um 60 Prozent zurück.

Anfang Januar setzten im Hinblick auf den Schulbeginn am 21. Januar landesweite Transporte von Reis, Bohnen und Speiseöl ein. Die Nahrungsmittel werden über das lokale Schulsystem kostenlos an Eltern verteilt, damit die Kinder nicht ohne Mahlzeit zur Schule gehen. Auch städtebaulich wurde in den letzten 15 Jahren viel für Familien getan. Im Namen des Rechts auf Erholung wurden öffentliche Parks mit Spielanlagen gebaut. Nicaragua gilt als sicherstes Land Zentralameri-



Sandinistische Jugend
Foto: Natalie Benelli

kas mit der niedrigsten Mordrate der Region. Über einen speziellen Fonds wurde das Strassennetz im ganzen Land ausgebaut und qualitativ massiv verbessert, um die Transportwege für Menschen und Güter zu sichern und gegen Überschwemmungen zu rüsten. Nicaragua ist schwierigen Klimabedingungen ausgesetzt, lange Trockenzeiten und starke Regenperioden wechseln sich ab, es kommt häufig zu Überschwemmungen.

Sandinisten haben breite Unterstützung

In Gesprächen vor Ort drückten Menschen ihre Unterstützung für die sandinistische Regierung aus. Viele lieben „ihren“ Comandante. Seine Regierungsführung gilt als umsichtig und durchdacht. Nicaragua wurde zwischen 1937 und 1979 unter der Somoza-Diktatur im Interesse von US-Konzernen regiert, der grosse Teil der Bevölkerung lebte in absoluter Armut. Dies änderte sich 1979 mit dem Triumph des nicaraguanischen

Volks (unter der Führung der FSLN) über eine der blutigsten, grausamsten und mörderischsten Regierungen weltweit, die das eigene Land mit Hilfe der USA zerstörte. Zum ersten Mal gab es für die breite Bevölkerung Hoffnung auf ein würdiges Leben. Der damalige US-Präsident, Ronald Reagan, antwortete mit dem von den Contras geführten, durch die US-Regierung finanzierten Bürgerkrieg. Zehntausende Sandinistas verloren ihr Leben. Zusätzlich wurde gegen das Land eine brutale Wirtschaftsblockade verhängt, die der rechts-konservativen Opposition schliesslich 1990 den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen sicherte. Die neoliberalen Regierungen der 1990er und der ersten Hälfte der 2000er Jahre machten die Errungenschaften der sandinistischen Revolution zunichte.

Medien

In den westlichen Medien wird behauptet, Daniel Ortega unterdrü-

cke oppositionelle Medien. Vor Ort habe ich etwas anderes gesehen. Im Fernsehen gibt es eine breite Auswahl an regierungsfreundlichen und von der Opposition betriebenen Kanälen. Auch Medien, die während des Putschversuchs von 2018 zum Sturz der Regierung aufriefen, existieren nach wie vor und sind für alle zugänglich. Ein Beispiel ist das US-finanzierte Online-Portal 100 Prozent Noticias. Während meines Aufenthalts wurde ich eingeladen, die Studios des 1979 von den Sandinisten verstaatlichten Fernsehsenders Canal 6 zu besuchen. In Gesprächen mit Redakteurinnen und Redakteuren erfuhr ich, dass einige Journalisten, die vor 2018 für oppositionelle Medien gearbeitet hatten, unterdessen zu Canal 6 wechselten, weil sie die realitätsfremde, hetzerische Berichterstattung ihres vormaligen Arbeitsgebers nicht mehr mit ihrem journalistischen Gewissen vereinbaren konnten.

Der Putschversuch von 2018

2018 war Nicaragua drei Monate Schauplatz von Strassengewalt, Entführungen, Folter und sogar Morden an Sandinisten durch von der Opposition und der US-Regierung finanzierte kriminelle Banden. Die Putschisten bauten Strassensperren, um die Mobilität von

Menschen und Gütern des täglichen Lebens zu behindern. Mitarbeitende von regierungsfreundlichen Medien und ihre Familien wurden an Leib und Leben bedroht, damit sie auf eine korrekte Berichterstattung verzichteten. Ein Radiosender wurde abgebrannt, der Eingang zu Canal 6 steht heute noch unter Polizeischutz.

Viele haben Freunde oder Familienmitglieder verloren, die Opfer der gewalttätigen Putschisten waren, totgeprügelt, vergewaltigt oder bei lebendigem Leib verbrannt wurden. Viele der von der westlichen Presse als „Freiheitskämpfer“ bejubelten Jugendlichen waren von der nationalen Oligarchie Nicaraguas und den USA finanzierte Söldner.

Die Opposition hat seit dem Putschversuch von 2018 einen grossen Teil ihrer Legitimität verloren. Die Bevölkerung Nicaraguas hat verstanden, dass die Strassengewalt, die Angriffe auf öffentliche Einrichtungen wie Gesundheitszentren und die Zerstörung der Wirtschaft nicht in ihrem Interesse waren.

Regionale Integration und internationale Solidarität

In seiner Rede zur Amtseinsetzung unterstrich Präsident Ortega die Bedeutung von ALBA und CELAC für die regionalen Integration



Augusto Sandino
Foto: Natalie Benelli

für Lateinamerika und den Kampf gegen die Angriffe aus dem Norden. Er verpflichtete sich zudem, auch in seiner fünften Amtszeit für ein souveränes, eigenständiges Nicaragua frei von Armut und Hunger zu arbeiten.

Als Bewohnerinnen und Bewohner von Ländern, deren Regierungen sich mit dem US-Imperialismus verbünden, haben wir die Pflicht, den Kampf in unserem eigenen Land zu intensivieren, indem wir Druck auf unsere Regierung ausüben und die Wahrheit über fortschrittliche Länder und Bewegungen und ihre Errungenschaften weltweit verbreiten. Wir dürfen uns nicht zu Komplizen der Lügen der Mainstream-Medien machen. Wir müssen das Recht auf Wahrheit wahren und verteidigen, wie es in der Erklärung von Caracas 2008 gegen den Medienterrorismus heisst.

Wir dürfen nicht zulassen, dass der Imperialismus die internationale Solidaritätsbewegung spaltet und erobert. Als internationale Solidaritätsbewegung müssen wir geschlossen auftreten angesichts der medialen, wirtschaftlichen und finanziellen Angriffe gegen unsere Brüder und Schwestern in Nicaragua, Kuba, Venezuela, Bolivien und gegen andere fortschrittliche Völker weltweit.



Fahrradwerkstatt
Foto: Natalie Benelli

Ruhig, frei und ohne Ausverkauf der Heimat

Zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Nicaragua am 7. November 2021

Von Stefan Natke

Wahlbegleiter – das war unsere offizielle Bezeichnung, als wir die Wahlen zum Parlament und Präsidentenamt in Nicaragua im November 2021 hautnah miterleben durften.

Der Grund für diese recht liebevolle Bezeichnung war, dass sowohl die USA als auch die EU im Vorfeld der Wahlen von Nicaragua gefordert hatten, *Wahlbeobachter* beider Institutionen zu den Wahlen ins Land zu lassen, ansonsten würden sie die Wahlen und ihr Ergebnis nicht anerkennen. Daniel Ortigas Antwort darauf war klar und deutlich: „Die Herrschaften sollen sich ein für allemal darüber klar werden, dass sie in Nicaragua keine Kolonialherren mehr sind, sich aber immer noch genau so verhalten. Lange genug haben sie über unsere Köpfe hinweg entschieden, unsere Reichtümer ausgeplündert und unsere Kultur zerstört. Nicaragua ist jetzt ein freies Land und kann und wird eigenständig freie und souveräne Wahlen zu denjenigen Gremien durchführen, die unser Land in den nächsten Jahren repräsentieren und regieren werden. Die Kolonialisten werden niemanden hierher senden, wozu auch: Um falsche Tatsachen von hier aus zu berichten, sollen wir ihnen auch noch die Bühne dafür bieten, wenn sie Fekalienkübel über uns ausschütten? Nein, das werden wir nicht tun. Wir haben dafür lieber eigenständig Menschen aus aller Welt eingeladen, die ein wirkliches Interesse an unserem Land und seiner Entwicklung haben, uns bei diesen freien und souveränen Wahlen zu begleiten. Dabei können sie sich einen Eindruck verschaffen, wie das mündige nicaraguanische Volk seine Wahlen organisiert und durchführt.“ Das war die Prämisse und ich hatte das

Glück, zu denjenigen zu gehören, die eingeladen wurden. Tatsächlich liegt mir Nicaragua und seine Entwicklung sehr am Herzen und ich war stolz und gespannt zugleich. Lange Jahre war ich nicht mehr im Lande Sandinos gewesen und nahm deswegen alle Eindrücke, von der Landung am Flughafen angefangen, wie ein trockener Schwamm in mich auf. Schon auf der Fahrt zu unserer Unterkunft fiel mir der gute Zustand der Straßen und der relativ moderne Wagenpark auf, was auf einen bescheidenen Wohlstand schließen lässt. Hugo Chávez in Großformat begrüßte uns Ankömmlinge von der Mitte eines großen Kreisverkehrs aus, was wiederum auf konkrete politische Rahmenbedingungen schließen lässt.

Nach offizieller Begrüßung und Akkreditierung durch die oberste Wahlbehörde CSE, bekamen wir verschiedene Vorträge zu hören, die uns einen Überblick über die wirtschaftliche wie auch politische Situation in Nicaragua verschafften. Interessant daran war, dass die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt recht positiv verläuft, dass aber die Schäden für die Wirtschaft, die durch den 2018 versuchten Putschversuch entstanden sind, weitaus höher sind als die, die durch die Covid19-Pandemie verursacht wurden. Das flächendeckende kostenfreie Bildungsangebot und die enormen Fortschritte im strukturellen Ausbau des Gesundheitssystems, worüber hierzulande so gut wie nie in den bürgerlichen Medien berichtet wird, waren sehr beeindruckend für uns. Am Wahltag selber konnten wir vor Ort in den verschiedenen Wahlzentren und Wahllokalen den Verlauf der Wahlen verfol-

gen. Dazu wurden die insgesamt 320 Wahlbegleiter aus 27 Ländern in verschiedene Gruppen eingeteilt, die sich dann in die Regionen und Bezirke begaben, um dort das Geschehen rund um die Wahlen hautnah miterleben zu können. Die Gruppe, in der ich zusammen mit Wahlbegleitern aus dem Baskenland, Spanien, Frankreich und Italien war, fuhr nach Estelí, eine Stadt im Norden Nicaraguas. Wir besuchten dort verschiedene Wahlzentren und Wahllokale, sprachen mit den Wahlberechtigten und Personen, die die Wahl durchführten. Es gab diesbezüglich keinerlei Vorschriften oder Auflagen. Die Organisation des Ganzen war beeindruckend strukturiert und effizient, vor allem wenn man dies mit einigen Berliner Wahllokalen vom 26. September 2021 bei Bundestags- und Senatswahl vergleicht, in denen es teilweise zu chaotischen Szenen kam. Wichtig ist auch zu erwähnen, dass die Wahlen in Nicaragua in einer sehr ruhigen und disziplinierten Atmosphäre verliefen. Nirgendwo gab es Aufregung oder irgendwelche Unruhen, wie man dies vielleicht anhand des im Vorfeld durch die deutschen „Qualitätsmedien“ vermittelten Bildes einer zutiefst gespaltenen und aufgebrachten Gesellschaft hätte vermuten können. Hiesige Radiosender, Printmedien und leider auch die Stiftung, die sich den Namen Rosa Luxemburg zu eigen gemacht hat, wurden nicht müde zu berichten, in Nicaragua würden Wahlen ohne jegliche Opposition stattfinden – was absolute Falschmeldungen waren. 15 Parteien oder Wählergemeinschaften nahmen an den Wahlen teil, einige davon hatten sich in Wahlbündnissen zusammengeschlossen, um ihre Chan-

cen zu verbessern. Die Wahlzettel in den Wahllokalen waren ein übersichtlicher Beweis dafür. Die FSLN und Daniel Ortega gingen erwartungsgemäß als haushohe Sieger aus den Wahlen hervor, was den Rückhalt der Sandinisten in der nicaraguanischen Bevölkerung eindrucksvoll verdeutlicht. Kein Wunder, ist doch die gesamte Politik des Präsidenten Ortega wie auch der Regierung dar-

auf ausgerichtet, die ständige Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen im Visier zu haben. Das kommt bei den Menschen an, sie spüren die Verbesserungen direkt. Seit 2007 wurden in Nicaragua 21 neue Krankenhäuser gebaut und das dementsprechende Personal teils mit Unterstützung des sozialistischen Kubas ausgebildet. Die Projekte der ALBA-Gemeinschaft helfen da-

bei, die Wohnsituation der Leute zu verbessern, und das Stromnetz ist jetzt landesweit ausgebaut. All das sind Dinge, die sichtbar sind und die den Erfolg der FSLN erklären. Um mit dem sandinistischen Radiosender *Radio la Primerísima* zu sprechen: „¿Quien vive en Nicaragua? ... Gente que no vende patria!“ – „Wer lebt in Nicaragua? ... Menschen, die ihre Heimat nicht verkaufen!“

Symbole eines Neuanfangs

Neue Regierung in Chile: Gabriel Boric setzt positive Zeichen, will sich aber auf Kosten Kubas profilieren

Von André Scheer

Es ist ein Schritt, der vor allem aufgrund seiner Symbolik wichtig ist: Chiles neue Verteidigungsministerin ist Maya Fernández. Die 1971 in Santiago de Chile geborene Biologin und Tierärztin gehört der Sozialistischen Partei an, für die sie seit 2018 im Parlament sitzt. Und sie ist die Enkelin des am 11. September 1973 durch einen Militärputsch gestürzten und ermordeten Präsidenten Salvador Allende. Ihre Eltern waren Beatriz Allende Bussi, die als engste Beraterin ihres Vaters galt und während des Putsches bis zum letzten Tag bei ihm im Präsidentenpalast war, und der kubanische Diplomat Luis Fernández de Oña. Beide waren nach dem Staatsstreich nach Kuba geflohen, wo auch Maya Fernández aufwuchs. Erst 1990, im Alter von 19 Jahren, konnte sie nach Chile zurückkehren, wo sie seit 1992 wieder lebt.

Mit ihrer Ernennung hat Chiles neuer, erst 36 Jahre alter Präsident Gabriel Boric ein Zeichen gesetzt. Nicht nur, weil Maya Fernández nun für die Armee zuständig ist, die ihren Großvater ermordete. Auch andere Posten im

Kabinett machen deutlich, dass mit Boric eine andere Kultur in den Präsidentenpalast La Moneda einziehen soll als unter seinem rechtskonservativen Vorgänger Sebastián Piñera. 14 der 24 Kabinettsmitglieder sind Frauen – Boric hatte im Wahlkampf eine „feministische Regierung“ angekündigt. So steht mit der 35jährigen parteilosen Ärztin Iskia Siches, die während ihres Studiums der Kommunistischen Jugend angehört hatte, zum ersten Mal eine Frau an der Spitze des Innenministeriums. Als Präsidentin der chilenischen Ärztereinigung wurde sie während der Coronavirus-Pandemie zu einer wichtigen Gegnerin Piñeras – schon als es in Chile erst 156 Ansteckungsfälle gab, forderte sie drastische Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, während der Staatschef mit Rücksicht auf die Interessen der Wirtschaft zögerte.

Drei Mitglieder der Kommunistischen Partei Chiles gehören dem Kabinett ebenfalls an. Unter ihnen ist Camila Vallejo, die 2011 gemeinsam mit Boric als Anführerin der Studierendenproteste auch

international bekannt wurde und seit 2014 für ihre Partei im Parlament sitzt. Sie wird als Ministerin für das Generalsekretariat der Regierung künftig als Sprecherin des Kabinetts eine wichtige Rolle in der Öffentlichkeit übernehmen. Neue Arbeitsministerin wird die Juristin Jeannette Jara, das Ressort für „Wissenschaft, Technologie, Wissen und Innovation“ übernimmt der Biologe Flavio Salazar.

Doch so klar, wie solche Ernennungen interpretiert werden können, ist die Linie des neuen chilenischen Präsidenten nicht. Der neue Finanzminister etwa, Mario Marcel, war bisher Chef der chilenischen Zentralbank, gehörte schon mehreren Kabinetten an und stellte sich wiederholt gegen Forderungen der Linken, Geldmittel zur Unterstützung der ärmeren Bevölkerungsschichten freizugeben. Seine Nominierung wird in den chilenischen Medien denn auch als beruhigende Geste an das Kapital bewertet, mit dem es sich Boric wohl nicht verscherzen will.

Entsprechend vorsichtig bewertet auch Pedro Jorge Velázquez am 25. Januar in der kubanischen Ta-



Wahlkampfkundgebung mit Gabriel Boric
Foto: Mediabanco Agencia / flickr.com / CC BY 2.0

geszeitung „Granma“ die Erwartungen an die neue Regierung. Es sei zweifellos ein wichtiger Sieg gewesen, dass Boric bei der Stichwahl am 19. Dezember den ultrarechten Pinochet-Anhänger José Kast schlagen konnte, doch: „Die Linke in Lateinamerika hat viele Gesichter und viele Stimmen gehabt, nicht immer antiimperialistisch, nicht immer antikolonialistisch, nicht immer emanzipatorisch. Es wäre nicht das erste Mal, dass wir eine ‚Linke‘ erleben, die den Status quo nicht revolutioniert, die die Kontrolle der Arbeiter über die Produktionsmittel nicht stärkt, die die durch den Kapitalismus in dieser Region verursachte Bürde vergisst, die die enormen Ungleichheiten nicht ausgleicht, die es gibt, und die am Ende zum Nachteil der öffentlichen Politik und der kontinentalen Einheit, mit der Bourgeoisie paktiert, wenn diese ihr die Schlinge um den Hals legt.“

Tatsächlich hat Boric schon wiederholt versucht, sich auf Kosten linker Regierungen in der Region zu profilieren. Während er sich positiv zum Beispiel auf Boliviens Präsidenten Lucho Arce

oder auf Brasiliens ehemaligen und vielleicht künftigen Staatsoberhaupt Lula da Silva bezieht, übte er schon im Wahlkampf und auch danach scharfe Kritik insbesondere an Kuba, Venezuela und Nicaragua. Als es im Juli 2021 in Havanna zu Protesten gegen die Regierung kam, nahm Boric diese zum Anlass, Kuba „nicht hinnehmbare“ Menschenrechtsverletzungen vorzuwerfen und sich mit den Demonstranten zu solidarisieren. Zugleich kritisierte er die chilenische KP, die in dieser Situation ihre Solidarität mit Kuba bekräftigt hatte. Das sei ein „Fehler“, sagte Boric in einer Fernsehdebatte, an der auch der Kommunist Daniel Jadue teilnahm. Dieser wies darauf hin, dass die Demonstrationen in Kuba besser geschützt würden als in Chile. „Ich habe bis heute nichts von einem zerstörten Auge in Kuba gehört, keine Verfolgung, keine Ermordung“, verglich er die Situation auf der Insel mit der brutalen Unterdrückung der Opposition in seinem eigenen Land. „Ich verurteile Menschenrechtsverletzungen in Kuba und an jedem Ort, aber mich stört der doppelte Maßstab. In un-

serem Land ereignen sich täglich Menschenrechtsverletzungen, aber einige Journalisten interessiert nur, was in Kuba und im Rest der Welt passiert.“

Auch Ecuadors früherer Präsident Rafael Correa zählte Boric bereits an. Nachdem dieser am 21. Januar 2022 in einem Interview mit der britischen BBC erklärt hatte, dass Venezuela eine „gescheiterte Erfahrung“ sei, was man schon daran sehen könne, dass sechs Millionen Venezolaner „in der Diaspora leben“, also das Land verlassen hätten, schickte Correa über Twitter eine Nachricht an „Gabriel“: „Hast du die verbrecherische Blockade Venezuelas vergessen? Sie verhindern, dass Venezuela sein Erdöl verkaufen kann! Wie viele Chilenen wären in der ‚Diaspora‘, wenn man Chile verweigern würde, das Kupfer zu verkaufen? Das ist, als wenn man über einen gefesselten Ertrunkenen sagt, dass er gestorben sei, weil er nicht schwimmen konnte.“

Gabriel Boric tritt sein Amt am 11. März offiziell an. Dann wird es mit Symbolik nicht mehr getan sein.

Fragen an Dr. Herbst

Der Doktor bat uns, auf die „albernen Fake-Leserbriefe“ (seine Worte) zu verzichten, die würde „uns eh´ keiner glauben.“ Lieber Doktor, wo käme die CL hin, wenn die Leser:innenschaft glauben müsste, wir würden hier irgendwelche Fakes verbreiten? Möglicherweise in den Papierkorb ... dann wären all die Bäume umsonst gestorben. – Mit einem leicht schiefen Lächeln nahm er den Leserbrief, den wir aus unserem Mailfolder zogen ...

Nora aus Niedermoschel:

Lieber Dr. Herbst, du stehst doch voll auf Security. Und das finde ich auch voll in Ordnung. Nur eben diese Passwörter nerven. Alle drei oder so Monate soll ich ein neues machen? Auch noch überall nen anderes? Das nervt voll, man soll sie ja auch nicht aufschreiben oder so. Also hab ich alles, was ging, auf „Fingerabdruck“ oder „Gesicht erkennen“ umgestellt. Das hab ich immer bei mir und muss mich nicht dran erinnern. Fritz, echt fitter Kumpel, meinte gestern, dass das aber nicht so gut wär, weil man könnte mir ja den Finger abschneiden oder so. Das finde ich aber etwas zu krass gedacht! Deswegen dachte ich, ich frag mal, was du davon hältst. Lg nora

Dr. Herbst:

Liebe Nora, auch wenn ich glaube, dass es dich gar nicht gibt (egal, was mir die CL-Redaktion erzählt): Passwörter sind so elementar für den Schutz unserer Daten und Kommunikation, dass es sich lohnt, deiner Frage mal nachzugehen (tldr am Schluss) – es gibt viele Missverständnisse, die auch von manchen Medien verbreitet werden.

Zuerst: Passwörter sind immer noch besser für den Zugangsschutz, als biometrische Daten.

In Netff*-Serien oder ähnlichem Zeug erscheinen biometrische Daten meist als nicht überwindbare Sperren – die Bösewichte müssen dem Opfer den Finger abhacken oder ein Auge rausnehmen, um Zugang zu erlangen. Die Wirklichkeit ist aber weniger makaber – man muss keine Körpertei-

le abschneiden, um „biometrische Sensoren“ zu umgehen.

Dass biometrische Daten „privat“ seien, ist ein Gerücht. Klar, dein Fingerabdruck, deine Stimme, dein Gesicht gehören dir. Aber du bist nicht die einzige, die darauf Zugriff hat. Du lädst vielleicht Selfies ins Netz, du wirst auf der Straße gefilmt, hunderte Dokumente enthalten deine Unterschrift. Falls du gesellige Medien benutzt, können die meisten biometrischen Daten, Fingerabdrücke, Stimme, Gesicht einfach von dort bezogen werden.

Dass biometrische Daten „nicht gehackt“ werden könnten, ist genauso ein Gerücht. Ja, die Daten, die z. B. auf deinem Taschencomputer gespeichert werden, sind nicht einfach Bilder deiner Finger. Aber, bei allem, was uns an Sicherheit vorgegaukelt wird, gilt: Gespeicherte Daten sind hackbare Daten. Und es gibt keinen Zweifel, dass Kriminelle oder Dienste an diesen Daten interessiert sind ...

Sind biometrische Daten sicherer als Passwörter? Wohl kaum. 2014 zeigte jemand in einem „Proof of Concept“ (Beispiel, dass es funktioniert) wie er aus öffentlichen Fotos von Ursula von der Leyen (heute Präsident der EU-Kommission, zeitweise verleumdet unter dem Spitznamen „Flinten-Utschi“) ihre Fingerabdrücke herstellen konnte ... Damit hätte er ihr Telefon entsperren können.

Also zurück zu den Passwörtern, so sehr sie nerven. Aus sich selbst heraus sind Passwörter sicherer als Fingerabdruck, Stimme, Gesicht, weil im Idealfall niemand außer

dir Zugriff darauf hat: Sie sind in deinem Kopf. Und selbst wenn man den abschneidet, kommt man nicht an die Passwörter.

Gute Passwörter sollen lang, leicht zu merken und schwer zu erraten sein. Weiß jeder. Wichtig ist, dass es keine echten Worte sind (die in einem Wörterbuch stehen), denn so ein Wörterbuch lässt sich leicht automatisch abspulen. Der Standardtrick, den ihr sicher kennt, ist, sich einen Satz zu merken und die Anfangsbuchstaben zu nehmen. („Gestern war ich im warmen Wasser der Weser ohne Bekleidung baden“ ergibt GwiiwWdWoBb. Nicht schlecht ... und kann ich mir merken. Noch besser: GwiwWdWmMoBb ... Kann ich mir sogar besser merken :) Okay, es kann nicht schaden, noch ein paar Ziffern dazwischen zu hauen, aber ehrlich: Muss nicht unbedingt sein.

Soll man sein Passwort alle so und soviel Tage ändern? Ja, wenn es „12345“ heißt, kann man es in „schnuffi“ ändern. Ansonsten: Habt ihr ein nicht zu erratendes Passwort, kann es nur durch „brute force“, also das Durchprobieren aller Ziffern- und Buchstabenfolgen, geknackt werden – dann bringt ein Austausch mit einem anderen: exakt Nichts. Im Gegenteil: Wenn du dein Passwort laufend änderst, besteht die Gefahr, dass Du es aufschreibst, um es nicht zu vergessen, oder ein einfacheres nimmst („Lästigkeitsfaktor“) ... Ich bleibe einfach dabei, an den Abend an der Weser zu denken. Ein Passwort regelmäßig zu ändern, nervt nicht nur, es macht die Geschichte unsicherer.

Zusatzfrage: Soll man bei allen Diensten/Websites ein eigenes Passwort vergeben?

Eindeutige Antwort: Ja! Ihr lest es selbst alle paar Tage, dass wieder ein Dienstleister „kompromittiert“ wurde. Egal wie sicher

ihr euch das Passwort ausgedacht habt: Alles war vergeblich, wenn irgendein Websitebetreiber nachlässig ist. Und wenn das euer „Immer dasselbe“-Passwort“ war: Herzlichen Glückwunsch zur Aufgabe, überall das Passwort zu ändern.

„Aber man kann sich doch die verschiedenen Passwörter nicht alle merken?“

Ja, das stimmt. Zumindest für Menschen in meinem Alter. Du, Nora, hast vielleicht bessere Chancen. Auch wenn ich mir hier zu widersprechen scheine: Dann muss man eben ein Notizbuch nehmen und die verschiedenen Passwörter aufschreiben. Klar, das Notizbuch kann gestohlen oder von Repressionsorganen beschlagnahmt werden. Im Vergleich zur Schludrigkeit von Website-Betreibern ist das allerdings das geringere Risiko.

Besser ist, und damit schließt die heutige Kolumne, ein Passwort-Manager – also ein Programm, das alle deine Passwörter (verschlüsselt) speichert und das ein „Master-Passwort“ (einen Hauptschlüssel)

tldr

Biometrische Methoden zur Zugangssicherung liefern eine trügerische Sicherheit, denn die Daten können entwendet werden. Passwörter (im Idealfall »gute«) existieren (im Idealfall) nur im Kopf der Anwenderin, sind daher sicherer. Eine regelmäßige Änderung von Passwörtern ist (bei „guten“ PW) Unsinn. Um eine Menge an Zugangsdaten zu verwalten, gibt es ziemlich sichere Passwortmanager.

sel) hat, um Zugang zu den gespeicherten Schlüsseln zu gewähren. Im Idealfall kann dieser auch zufällige Zeichenfolgen als Passwort erzeugen und steht geräteübergreifend zur Verfügung. So muss ich nur an den geheimen Weser-Abend denken, um zu entsperren ... und der Rest macht sich sicher von alleine.

Es gibt derer viele, meine derzeitige Empfehlung ist, mal nach „keepassxc“ [1] im Netz zu suchen.

Falls Nora (oder irgendjemand, der bis hier durchgehalten hat) noch nach „2-Faktor-Autorisierung“ fragt, gibt es einen zweiten Teil.

„Ja gut, also die sogenannte Nora“, meinte der Doktor. „Aber was hat

das nun mit der Kuba-Soli zu tun?“ „Alles“, war unsere Antwort. Als der Gute daraufhin mit den Augen rollte, versuchten wir ihn noch einmal zu kitzeln: „Also man könnte nun auf den Irrtum ›Sicherheit durch Technik‹ eingehen und die hiesigen Überwachungsdinge und warum in Kuba die Kriminalität auch ohne diese Überwachung niedriger ist, und ...“ Nach dem ge-seufzten „Okay, stimmt“, hörten wir nur noch das „Plums“, als Dr. Herbst umklappte.

-hei
unter Verwendung von <https://nordvpn.com/de/blog/what-is-biometrics-and-biometric-data/>

[1] <https://keepassxc.org/>

Anzeige



Günter Pohl
Der Mann mit den Müllsäcken

Von der Ordnung der Welt
Ein Dialog zu einigen Grundfragen
der Philosophie

»Kein Lehrbuch, aber lehrreich«, junge Welt
»Pohl geht mit den großen Aufklärern über die
Aufklärung hinaus.«, nd
»Sein Buch ist eine verständliche und freundliche
Einladung an alle, die einen dialektischen Einstieg in
die aufklärerische Philosophie suchen.«, Unsere Zeit

ARBEITERLOGIK®
Verlag Wiljo Heinen

253 S. | Hardcover, Leinen, Fadenbindung
ISBN 978-3-95514-048-9

Von Volker Hermsdorf

CUBA LIBRE will in dieser Rubrik aufzeigen, was die Konzernmedien verschweigen, Falschmeldungen enthüllen und Manipulationen aufdecken.

Falschmeldungen Unterschlagungen Manipulationen



Mit Beginn von Kriegshandlungen in der Ukraine wurde jeder Vergleich mit dem Nato-Krieg gegen Jugoslawien von Aktivisten der seit der NS-Zeit breitesten deutschen Anti-Russland-Querfront mit dem vernichtenden Vorwurf des „Whataboutism“ abgebugelt. Auch Leute, die sich selbst als Mitglieder der Friedensbewegung bezeichnen, aber zugleich mit CDU/CSU/FDP/SPD/GRÜNEN und einigen Vertretern der LINKEN für Aufrüstung, Waffenlieferungen und Stärkung der NATO demonstrierten, verweisen gern darauf. Mit dem diskreditierend gemeinten Vorwurf wird oft auch konfrontiert, wer den Anschuldigungen wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen in Kuba die Realität in anderen Staaten entgegenhält. Jeder Hinweis darauf, dass die Ankläger Kubas systematisch mit zweierlei Maß messen, wird – man ahnt es – als „Whataboutism“ abgetan. Das hat Folgen.

Selektive Wahrnehmung der „taz“

Ein Beispiel lieferte taz-Autor Knut Henkel am 28. Januar 2022 mit einem Beitrag über die Strafverfolgung gewalttätiger Akteure der Proteste im Juli 2021 in Kuba. Unter der Überschrift „Prozesse zur Abschreckung“ stellte Henkel, der sich auf die in Miami ansässige Contra-Organisation „CubaLex“ berief, besonders heraus, dass „auch 14 Minderjährige“ angeklagt worden seien. Unicef sei besorgt, da Jugendliche laut UN-Kinderrechtskonvention erst ab 18 Jahren strafmündig sein sollten, berichtete der Autor und verwies darauf, dass dies in Kuba anders sei, weil „dort die Jugendlichen bereits ab 16 Jahren strafmündig sind“. Ein Blick über den Tellerrand oder eine über das zitieren von Contra-Quellen hinausgehende Recherche, hätte der Intention des Beitrags möglicherweise geschadet. Denn dann hätten auch taz-Leserinnen und Leser erfahren, dass Kuba den Beginn der Strafmündigkeit bereits im Jahr 1979 von 12 Jahren auf 16 Jahre angehoben hatte und damit der Forderung des UN-Ausschusses für Kinderrechte entsprach, für Strafmündigkeit „ein nicht unter dem 12. Lebensjahr liegendes Alter“ festzulegen. In den USA beginnt die Strafmündigkeit dagegen – je nach Bundesstaat – noch immer zwischen dem

6. und dem 12. Lebensjahr. Auf US-Bundesebene beginnt sie mit dem 10. Lebensjahr und in der BRD zwei Jahre früher als in Kuba, nämlich bereits mit dem vollendeten 14. Lebensjahr.

Während in Kuba keine Minderjährigen unter 16 Jahren im Gefängnis sitzen, würden in den USA „jeden Tag zweitausend Arreste von Kindern stattfinden“ und „44.000 derzeit inhaftiert“ seien, klagt die US-amerikanische NGO „Children’s Defense Fund“. Bis 2005 konnten Kinder dort sogar zum Tode verurteilt werden und zu diesem Zeitpunkt befanden sich 70 Minderjährige in einer Todeszelle. Ein Beispiel für die systematische Missachtung von Kinderrechten in den USA ist das des heute 84-jährige Afroamerikaner Joe Ligon, der 1953 im Alter von 15 Jahren als Mitglied einer Kindergang zu lebenslanger Haft verurteilt und erst im Februar 2021 entlassen worden war. Solche Hinweise sind aus Sicht derer, die wie die „taz“ westliche Werte verteidigen, jedoch vermutlich nichts weiter als „Whataboutism“.

US-Analyse bestätigt Einseitigkeit

Zwei Wissenschaftler der kalifornischen Stanford University haben verglichen, wie unterschiedlich US-Medien über die Proteste vom 11. Juli in Kuba und die zehn Wochen zuvor begonnenen Unruhen in Kolumbien berichtet haben. Laut der kolumbianische NGO „Indepaz“ sind dort seit Unterzeichnung des Friedensabkommens (2016) mehr als 1.300 soziale Anführer ermordet worden. Doch während über Hintergründe dieser politischen Morde, die Beteiligung von Militärs und Regierung und die Rolle der USA selten berichtet wird, stehe Kuba permanent am Pranger, beobachtete sie. Dabei töte „die kolumbianische Polizei nicht nur unverhältnismäßig viele Menschen, sondern verletzte die Demonstranten auch schwerer als ihre kubanischen Kollegen, indem sie beispielsweise Dutzenden von Demonstranten absichtlich in die Augen schoss“, stellten Stanford-Professor Mikael Wolfe und Ko-Autorin Jessica Femenias fest.

Trotzdem hätten die Proteste auf der Insel größere Aufmerksamkeit erhalten. Auch in qualitativer Hinsicht gebe es große Unterschiede: „Während für kubanischen Demonstranten positive Adjektive wie „mutig“, „unterdrückt“, „friedlich“, „um Freiheit kämpfend“ oder „prodemokratisch“ verwendet wurden, werde die kubanische Regierung fast ausschließlich negativ dargestellt mit Beschreibungen wie „autoritär“, „Diktatur“, „repressiv“, „brutal“ oder „totalitär“. „Insgesamt waren die Medien viel schneller dabei, Kuba zu beschuldigen als das mit den USA verbündete Kolumbien, obwohl das Vorgehen gegen die Demonstranten dort härter war“, fassten die Autoren ihre Untersuchung zusammen.

uzshop.de



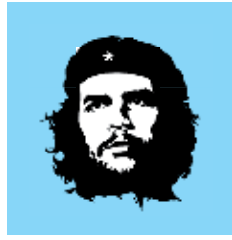
Frieden



team revolution



Schwarze Faust



Che



Unsere Krisenberater



Taube & Stern



Hammer & Sichel



Antifaschistische Aktion



Stoppt die Blockade gegen Venezuela



Gespens des Kommunismus



Love Music Hate Racism



Brecht – Ändere die Welt, sie braucht es

T-SHIRTS HOODIES HALSTÜCHER BAGS FAHNEN BÜCHER ANTIQUARIAT MUETZEN
TRANSPARENT TASSEN ANSTECKER CDS FYLER UND VIELES MEHR

E-Mail: shop@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 17788925, Fax: - 28

Jetzt Mitglied werden



Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba
Solidarität mit Kuba

Jetzt Mitglied werden!

4 Bücher- und CD-Prämien für neue Mitglieder
(Prämienpaket umseitig)

Monatsbeitrag: 10,- € (Förderbeitrag) 7,- € (Normalbeitrag) 3,- € (Sozialbeitrag)

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Name, Vorname

Telefon

Straße, Hausnummer

email

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich ermächtige die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., den o.g. Beitrag vierteljährlich von meinem Konto bis auf Widerruf mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Der Einzug soll zu Lasten folgenden Kontos erfolgen:

IBAN

Name, Vorname (Kontoinhaber)

BIC

Datum, Unterschrift

Coupon bitte einsenden an: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Maybachstraße 159, 50670 Köln



„Die Revolution wird in dem Maße immer
unbesiegbarer, wie sie ein wacheres, festeres
und bewussteres Volk hat.“

Fidel Castro
April 1961

Bücher- und CD-Prämien



**Kuba
im Wandel**
16 Erfahrungsberichte

Verlag Wiljo Heinen



**Cuba
Musica
y Revolucion**

CD

Hernando Calvo Ospina/
Katlijn Declercq



**Helden
der freien Welt**
Dissidenten
in Kuba

PapyRossa Verlag



**Originalton
Miami**
Die USA, Kuba
und die Menschenrechte

PapyRossa Verlag

Bei Umzug:
Neue Adresse u. ggf.
Bankverbindung in
der Geschäftsstelle
mitteilen!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigen-
tumsvorbehalt ist die
Zeitschrift solange Ei-
gentum des Absenders,
bis sie der/dem Gefan-
genen persönlich ausge-
händigt ist.
Zur-Habe-Nahme ist
keine persönliche Aus-
händigung im Sinne des
Vorbehalts.
Wird die Zeitschrift der/
dem Gefangenen nicht
persönlich ausgehändigt,
ist sie dem Absender un-
ter Angabe des Grundes
der Nichtaushändigung
zurückzusenden.